

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 15. September 1928

Nummer 74

Vom 13. Gewerkschaftskongress

Unser Wunsch, daß der 13. deutsche Gewerkschaftskongress, der vom 3. bis 8. September d. J. in Hamburg tagte, praktische Gewerkschaftsarbeit zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft leisten möge, ist in hohem Maße verwirklicht worden. Sowohl der Verhandlungsverlauf wie die daraus resultierenden Entschlüsse, die angenommenen Entschlüsse wie auch die Ablehnungen zahlreicher unzumutbarer Anträge lassen eine erfreuliche realpolitische Gesundung und organisatorische Festigung aller deutschen Gewerkschaften erkennen, die sich in Zukunft zweifellos in einem wesentlich stärkeren Einfluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung und Verwirklichung zugunsten der Arbeiterschaft auswirken werden.

Leider stand die Tagung, besonders in den ersten Tagen, im Schatten unverantwortlicher und gewissenloser Störungsversuche von kommunistischer Seite, die insbesondere bei dem von der deutschen Gewerkschaftsjugend zu Ehren des Kongresses veranstalteten Jugendtreffen in Erscheinung traten. Von Einzelanschuldigungen wollen wir unsern Bericht freihalten; es dürfte genügen, wenn wir uns auf die Wiedergabe der Worte beschränken, die der Bundesvorsitzende Leipart diesen tiefbedauerlichen Vorkommnissen bei Eröffnung des Kongresses widmete. Sie lauteten:

„Vor ich den Kongress begrüße, muß ich einer traurigen Angelegenheit gedenken, die sich hier in Hamburg unmittelbar vor Eröffnung des Kongresses zugetragen hat. Sie wissen, daß die gewerkschaftliche Jugend in einer Zahl von 15 000 Jungen und Mädchen nach Hamburg geeilt war, um ihre Liebe und Treue zu den Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen und den Kongress zu begrüßen. Am Sonnabendabend sollte die Begrüßung der Jugend durch Vertreter des ADGB stattfinden; sie konnte leider nicht stattfinden, weil ein Verbrechergesindel, das sich Kommunisten nennt, die Jugendlichen in der gemeinsten Weise überfallen und die Kundgebung gestört hat. (Lebhaftes Pfeifen-Rufen.) Es sind zahlreiche Verwundungen vorgekommen. Die Verbrecher haben sich nicht gescheut, die Jungen und Mädchen mit Messern zu traktieren. (Erneute lebhaftes Pfeifen-Rufen.) Die Störenfriede haben außerdem die Gewerkschaftsführer und den Kongress beschimpft. Ich bin überzeugt, daß der Kongress die Empörung, den Abscheu und die Verachtung teilt, die uns alle befeht. Diejenigen, die hiermit Ausdruck gegeben. (Zurufe: Sehr richtig!) Soll es dabei sein Bewenden haben? Wenn uns die geistigen Urheber dieser unerhörten Vorgänge nicht bekannt wären, müßten wir uns damit abfinden. Wir kennen sie aber, es sind die Kommunisten gewesen. Und so frage ich den Kongress, ob es nach diesen Vorgängen noch zugelassen werden kann, daß die Vertreter der kommunistischen Presse, denen wir in der loyalsten Weise Entgegenkommen gezeigt hatten, noch an unserm Kongress teilnehmen sollen? (Stürmische Zurufe: Nein!) Ich erlaube daher die Vertreter der kommunistischen Presse, den Saal zu verlassen. (Großer Beifall; drei kommunistische Pressevertreter wurden darauf angewiesen, den Kongresssaal zu verlassen.) Nachdem dies geschehen war, fuhr Leipart fort: Den Angehörigen der Jugendlichen, die bei den Zwischenfällen verwundet wurden, sprechen wir unsere herzlichste Teilnahme aus. Wir werden dazu beitragen, daß die Wunden so schnell wie möglich geheilt werden. Den Tausenden von Jugendlichen aber, die nach Hamburg geeilt sind, sagen wir unsern herzlichsten Dank. (Lebhafter Beifall.)

Dabei wollten wir es mit unsern Berichterstatterung über diese tiefbedauerlichen Vorkommnisse beim diesmaligen Gewerkschaftskongress bewenden lassen. Denn die trotz dieser verbrecherischen Störung am Vorabend des Jugendtreffens (an dem auch eine stattliche Zahl flotter Jungbuchdruckerabteilungen aus nach und fern [von Berlin allein über 500 Mitglieder] teilnahmen), am Sonntag, dem 2. September, in vielen Sälen Hamburgs gleichzeitig abgehaltenen Morgenfeiern nahmen dadurch einen erhebenden Verlauf. Eine der schönsten Feiern dieser Art war zweifellos jene der graphischen Jugend. Sie wird allen Teilnehmern unvergessen bleiben. Der dann folgende Aufmarsch aus allen Teilen der Stadt zum

Rathausmarkt gestaltete sich zu einer gewaltigen Demonstration und zu einer riesigen Heerschau der Gewerkschaftsjugend. Wohl noch nie zuvor dürfte der Rathausmarkt ein so farbenfrohes Bild geboten haben. Und wenn auch die kommunistischen Verbrecher aus dem Dunkel der vergangenen Nacht noch in der Erinnerung nachzitterten, hier zeigte sich in aller Augen, der Jungen wie der Alten, Freude und Hoffnung, ein stolzes Gefühl der Zusammengehörigkeit, wie es gleich lebendig und wahrheitsgetreu unsere Feder nicht zu schildern vermag. Eine solche Brüderlichkeit zwischen jung und alt kann zwar begeistert aber nicht zerstört werden. Sie wird und muß über alle erbärmlichen Geister den Sieg davontreiben!

Das zeigte sich dann auch durch den ganzen Verlauf des am nächsten Tage beginnenden Gewerkschaftskongresses. Von überwältigender Wucht war das wie aus einem Munde kommende „Nein!“ der nahezu 300 Kongressdelegierten, als der Vorsitzende die Frage an den Kongress richtete, ob die Berichterstatter der kommunistischen Presse zugelassen sein sollten. Es war eine so einmütige Verurteilung des Geistes dieser Feinde der Arbeiterschaft, wie sie schärfer und bestimmter nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Diese Entscheidung reinigte die Atmosphäre; sie richtete sich nicht persönlich gegen die drei Anglisten, die als Presseberichterstatter der kommunistischen Presse in Frage kamen, sondern gegen jenen Geist der Unbuddhsamkeit, der sich z. B. in Rußland nur behaupten kann, wenn er jede Freiheit des Denkens in unlösbarer Fesseln schlägt, und zwar selbst dort, wo er aus rein menschlichen Gründen Verständnis für seine schwierige Lage finden könnte, wenn er nicht zu kurzschichtig wäre, um diese Möglichkeiten erkennen zu können.

So wurde Licht und Schatten der deutschen Arbeiterbewegung schon vor Eröffnung des Kongresses sichtbar und geschieden. Anwesend waren 282 Delegierte als Vertreter von etwa 4,5 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften, davon von unsern Verbänden sechs, und zwar die Kollegen Seiß, Braun (Berlin), Baumeister (Dresden), Klein (Stuttgart), Pfingsten (Hannover) und Kunkler (Hamburg); die Schriftleitung des „Korr.“ war durch den Kollegen Schaeffer vertreten. Außerdem war der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Internationale Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaftsorganisationen von Dänemark, Belgien, Holland, des Remelgebets, von Polen, der Tschechoslowakei, von Schweden, Frankreich, Österreich, Ungarn und Lettland vertreten. Die deutsche Reichsregierung war durch drei Minister, und zwar den Reichsarbeitsminister Wissell, den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und den Reichsminister des Innern Severing vertreten; außerdem waren vom Reichsarbeitsministerium der Staatssekretär Dr. Geiß, die Ministerialdirektoren Dr. Sigler und Dr. Grieser, Frau Regierungsrat Dr. Oppenheimer, Oberregierungsrat Joachim und Ministerialrat Dr. Mewes und vom Reichswirtschaftsministerium Ministerialdirektor Dr. Schäffer, Dr. Wohl und Regierungsrat v. Boeckh anwesend. Vertreten waren ferner der Hamburger Senat durch drei Senatoren, das Reichsverkehrsamt, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das Landesarbeitsamt Hamburg, die Universität Hamburg durch drei Professoren, die Stadt Altona durch ihren Oberbürgermeister, das Internationale Arbeitsamt, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der Hauptverband deutscher Krankenkassen, die Gesellschaft für Soziale Reform, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G., der Verband sozialer Baubetriebe, die „Volkshilfe“ und die „Eigenhilfe“;

die Zahl der Vertreter der Presse war viel stärker als auf früheren Kongressen. Die Gesamtzahl der Kongreßteilnehmer (Bundesvorstand, Delegierte, Gäste und Pressevertreter) dürfte etwa 400 betragen haben; dazu kam eine ständig starke Besetzung der sich rings um den schönen großen Saal des Gewerkschaftshauses ziehenden Galerie.

In seiner Begrüßungsansprache gedachte Leipart zunächst der in den letzten drei Jahren verstorbenen Gewerkschaftsführer, wies mit ersten Worten auf die vielen und harten Kämpfe der deutschen Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hin, ermunterte insbesondere die zurzeit im Kampf stehenden Bekleidungsarbeiter zum Ausstehen unter Zusage weiteffgender Unterstützung seitens der gesamten Arbeiterschaft und warnte die Unternehmer, diesen Kampf auf die Spitze zu treiben. Das Glend der Konfektionsarbeiter, die trotz dreifacher Friedenspreise ihrer Erzeugnisse heute noch nicht einmal den Vorkriegsstand ihrer Löhne erreicht haben, müsse unbedingt beseitigt werden. Dann gab der Redner einen lehrreichen geschichtlichen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung, deren Kampf sich in erster Linie gegen die Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit richtete. Wirtschaftliche Notwendigkeiten würden auch von den Gewerkschaften anerkannt. In der Steigerung der Produktivkräfte erblickten die Gewerkschaften einen Fortschritt auch für die Arbeiterschaft; es müsse aber daraus auch eine dementsprechende Vermehrung des Anteils der Arbeiter am Ertrage eintreten.

Nach kurzen Begrüßungsansprachen des Vertreters der 200 000 in den freien Gewerkschaften Hamburgs vereinigten Arbeiter und eines Vertreters des Hamburger Senats erhielt Reichsarbeitsminister Wissell das Wort und begrüßte den Kongress im Namen der Reichsregierung. Die Anwesenheit von drei Reichsministern zeige, daß die Reichsregierung den Beratungen dieses Kongresses die größte Bedeutung belege, und daß sich im Laufe der Zeit das Verhältnis des Staates zu den Gewerkschaften erfreulich gewandelt habe. Dann entwickelte der Minister sein Programm, das sich in erster Linie auf Ausgestaltung des deutschen Arbeitsrechts im Sinne der Reichsverfassung erstreckte. Dieses neue Arbeitsrecht soll ein Recht des Menschentums der Werttätigen im Rahmen eines Kollektiv- oder Volksrechtes werden. Dazu sei eine stärkere Einseitigkeit der Gewerkschaftsbewegung erforderlich. Zwar werde das Riesensystem des neuen Arbeitsrechts längere Zeit zu seiner Erfüllung beanspruchen, wie dies auch bei Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches unvermeidlich war. Nach der im Gang befindlichen Regelung des Arbeitsvertragsrechts eintreten. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik soll eine Vereinfachung der Sozialversicherung durch engere Verbindung ihrer einzelnen Zweige durchgeführt werden. Dadurch sollen Mittel zu einer Verbesserung der Leistungen der Sozialversicherung frei werden, und zwar unter voller Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung. Damit soll das Zusammengehörigkeitsgefühl der Werttätigen vertieft und die großen Kräfte des Persönlichkeitswillens der Arbeiterschaft freigemacht werden für eine verantwortungsfreudige Mitarbeit an der Förderung und Weiterentwicklung des Volksstaats, seiner Wirtschaft und Kultur. Möge es glücken, durch das neue Arbeitsrecht die Arbeiterschaft emporzuführen zu wirtschaftlicher und geistiger Freiheit.

Diesem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Reichsarbeitsministers folgte eine Ansprache des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius. Er bezeichnete die Ausdehnung des Wirkungskreises der Gewerkschaften auf die allgemeine Wirtschaftspolitik als besonderes Kennzeichen der letzten andert-

halb Jahrzehnte. Neben Vorteilen seien aber darin für die Gewerkschaften auch Nachteile entstanden, da es sich hierbei um einen ständigen Ausgleich von Gegensätzen handle. Die mittlere Linie, auf der sich Wirtschaft und Sozialpolitik einigen müssen, sei durch das Ziel der Hebung des Volkswohlstandes, dauernd gesicherte Arbeit und bessere Lebensführung für alle gegeben. Auf diesem Wege wolle er enge Zusammenhänge mit dem Reichsarbeitsminister halten. Er erkenne das Recht der Arbeiterschaft auf Teilnahme an der Wirtschaftsführung, die ihr durch Artikel 165 der Reichsverfassung zustehe, an. Wenn auch durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter in allen Berufszweigen ein Anteil an dem Aufstieg der Konjunktur für die Arbeiter und Angestellten unverkennbar sei, so wäre es doch verfehlt, wenn man annehmen wollte, daß die deutsche Wirtschaft die Schwierigkeiten der politischen Lasten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit bereits endgültig überwunden habe. Der hohe Zinsfuß sei ein untrügliches Zeichen dafür, daß dies noch lange nicht der Fall sei. Es bestehe immer noch eine zu starke Abhängigkeit von der Kapitalversorgung. Dazu komme die fehlende Kaufkraft in großen Teilen der Erde, die auf die deutsche Ausfuhr drücke. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten liege auch im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, was eine Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeiterschaft erfordere. Der Reichswirtschaftsrat sei hierfür die geeignete Stelle. Hier sei schon ein Stück Wirtschaftsdemokratie geschaffen, und es sei möglich, durch das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie auch in den unteren Wirtschaftsstufen unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten auf gesetzlicher Basis durchzuführen.

Nach einer großen Reihe weiterer Begrüßungsansprachen wurde die Wahl der Kongressleitung und der erforderlichen Kommissionen vorgenommen. Als Vorsitzende wurden Leipart, Brandes und Schumann gewählt und zu den sechs Schriftführern auch unser Kollege Braun (Berlin) berufen. Bei Festsetzung der Geschäftsordnung beantragte ein Redner die Herabsetzung der erforderlichen Stimmzahl für die Zulassung eines Antrages von 50 auf nur drei, wobur durch schon von vornherein zu erkennen war, daß sich die Zahl der kommunistischen Delegierten nur auf drei Köpfe beschränkte, was mit gebührender Steifeit zur Kenntnis genommen wurde und zur Befestigung der bisher üblichen Zahl 50 führte.

In der Nachmittagsession des ersten Verhandlungstages konnte somit schon der zweite Punkt der Tagesordnung, „Bericht des Vorstandes“, in Angriff genommen werden. Der Bundesvorsitzende Theodor Leipart war infolge starker Ermüdung bei seiner am Tage vorher bei dem Jungentreffen auf dem Rathausmarkt gehaltenen Ansprache nicht in der Lage, den Bericht selbst zu erstatten, infolgedessen übernahm Kollege Grafmann diese Aufgabe. Er leitete seinen Bericht mit einem offenen Bekenntnis zur Republik ein, betonte die Wachsamkeit der Gewerkschaften zum Schutze des Volksstaates, verurteilte die Flaggverordnung und bezichtigte die Beteiligung der Arbeitervertreter an der Reichsregierung als für die Arbeiterschaft vorteilhafter als die Opposition. Das Recht der Kritik könne aber trotzdem nicht preisgegeben werden und müsse überall dort, wo es die Interessen der Arbeiterschaft erfordern, wahrgenommen werden. Dann behandelte der Redner die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die erst durch eine Reihe von Krisen hindurchgehen mußte, ehe ihr gewaltiger Aufschwung verhältnismäßig schnell einsetzte. Auf dem Arbeitsmarkt wirkten freilich die Krisen noch lange nach. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, dem Bepflichtungen der Gewerkschaften mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie vorhergingen, kam zu spät heraus und wurde obendrein nicht voll durchgeführt. Dem Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der selbstverständlich verstärkt einsetzte, als die Wirtschaft sich erholt, wurde mit dem üblichen Argument entgegengetreten, daß Lohn- und Preissteigerungen zwangsweise Preis- und Lohnsteigerungen nach sich ziehen müßten. Diese zwangsläufige Verbindung zwischen Lohn und Preis besteht keineswegs, zumal nicht in einer Zeit umfassendster Rationalisierung. Der Sinn jeder Rationalisierung ist, durch Vereinfachung und Verbesserung der Produktion zu einer Vermehrung der Warenherstellung zu gelangen, eine Herabsetzung der Warenpreise zu ermöglichen, die wieder eine Steigerung des Absatzes zur Folge haben und angemessene Lohnsteigerungen nach sich ziehen würde. Die Produktivität der Betriebe ist ständig gewachsen, aber

stark der zu erwartenden Preissteigerung ist eine ständig neue Preis- und Lohnsteigerung eingetreten. Diese ungewundenen Tendenzen gilt es ebenso zu bekämpfen, wie die Lohn- und Preissteigerungen für die wichtigsten Nahrungsmittel. Grafmann erinnerte ferner an die Einschränkung des Gefrierfleischverbrauchs und an die Preis- und Lohnsteigerungen von Kohle, Kali und Eisen. Die Handelsvertragsverhandlungen in haben bei der vorherrschenden Tendenz der Staaten, sich voneinander abzuschießen, nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz waren recht dürftig, aber ihr moralischer Einfluß ist vielleicht doch von einiger Bedeutung.

Der Vortragende wandte sich scharf gegen die Sperre, die auf Betreiben der Schachs gegen die Auslandsarbeit in den Städten und Gemeinden zur Anwendung gekommen ist. Sie hat vor allem den Wohnungsbau behindert. Die schädliche Politik des Reichsbankpräsidenten hat leider die Unterstützung des Reparationsagenten gefunden, der in seinen Berichten die Grenzen, die ihm durch sein Amt gezogen sind, überhaupt weit überschreitet. In eingehenden Ausführungen beschäftigte sich der Berichterstatter mit der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere während der Jahre 1925 und 1926 zu wiederholten Verhandlungen über Höhe und Dauer der Unterstützung führte. Der Kampf um die Erhöhung der Unterstützungen stand im Zusammenhang mit den vorbereitenden Erörterungen über die kommende Arbeitslosenversicherung. Die Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in ihren Grundzügen im Sinne der gewerkschaftlichen Vorschläge durchgeführt worden. Auch im materiellen Teil der Arbeitslosenversicherung haben die Anregungen der Gewerkschaften weitgehende Berücksichtigung gefunden. Die große Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, umfassend die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Erhaltung brachliegender Arbeitskraft, ist nun Angelegenheit der Reichsanstalt, in deren Organen die Gewerkschaften überall ihre Vertreter haben. Ihnen ist damit ein weites Tätigkeitsfeld eröffnet. Sie tragen eine hohe Verantwortung vor der gesamten Arbeiterschaft.

Die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages wird nicht mehr auf starken Widerstand stoßen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der gesetzlichen Zulassung der Überarbeitung des Achtstundentages. Die Notwendigkeit, über Arbeitszeit und die Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Ausnahmen im wesentlichen nicht berücksichtigt. Die Folge dieser Unterlassungen waren schwere, aber erfolgreiche Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vortragende wies auch auf die in den letzten Jahren erreichte Anwendung der Schutzbestimmungen des § 7 auf die Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben hin; einige gutachtliche Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates sind freilich noch immer unberücksichtigt.

In seinen Ausführungen zur Lohnpolitik erinnerte der Referent an die vom Bundesvorstand durchgeführten Erhebungen über den wirklichen Arbeitswertdienst, die gezeigt haben, daß selbst bei den leistungsfähigsten Arbeitern der Tariflohn nur um ein geringes überschritten wurde. Da die Preissteigerungsmaßnahmen der Regierung nie einen Erfolg aufzuweisen hatten, da eine Preissteigerung von Seiten der Wirtschaft selbst auch nicht eingetreten ist, so blieb für die Gewerkschaften nur die Erhöhung der Löhne als einziger Ausweg übrig, der allerdings erst Ende 1927 mit wirklichem Erfolg beschritten werden konnte.

Ein schwieriges Problem in der bisherigen Lohnpolitik stellt das öffentliche Schlichtungswesen dar, insbesondere die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprücheln. Das verfassungsmäßige Recht zum Kampf muß gewahrt bleiben. Die Gewerkschaften lehnen aber das staatliche Schlichtungswesen nicht ab. Sie haben es selbst gefordert. Aber der Staat sollte sich im allgemeinen jetzt tatsächlich mehr auf die Schlichtung beschränken. Das System der Zwangsschiedsprücheln muß reduziert werden auf die Ausnahmefälle, in denen wirklich ein öffentliches Interesse daran vorliegt, einen Arbeitskampf zu vermeiden, oder in denen soziale Gründe es rechtfertigen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen reaktionäre Unternehmerkreise doch durchzuführen. Im übrigen ist an eine Änderung des Systems nur dann zu denken, wenn alle Unternehmer sich bereitwillig auf den Boden des Tarifvertrags stellen.

Der Redner streifte kurz die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze und wandte sich dann den Bestrebungen der Gewerkschaften zu, den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen wirksame Hilfe an-

zugeben zu lassen. Insbesondere sind erfreuliche Fortschritte in der tarifvertraglichen Regelung der Lehrlingsverhältnisse zu verzeichnen, die erhebliche Verbesserungen in der Urlaubsfrage ermöglicht haben. Die Fragen der Jugendorganisation und der Jugendbewegung werden immer mehr als eine bedeutsame Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Mit großem Nachdruck setzte sich der Bundesvorstand dafür ein, daß die Verbände künftig mehr als bisher auch Frauen aus dem Beruf in die Verwaltungsarbeit der Verbände hineinnehmen und ihnen Gelegenheit geben, sich für die praktische Mitarbeit auf allen Gebieten zu entwickeln.

Leider besteht in Deutschland, so führte Grafmann aus, ein großer Mangel an Ärzten, die auf dem Gebiet der Gewerkehygiene erfahren sind. Der Bundesvorstand hat daher im November 1927 gemeinsam mit den anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Eingabe an den Reichsinnenminister und andere zuständige Stellen gerichtet, in der die Errichtung von Professuren für Sozialhygiene gefordert wird. Es ist zu hoffen, daß trotz der ablehnenden Haltung der Universitäten dieser Forderung Genüge getan wird.

Der alte Streit um die Organisationsform ist durch die Breslauer Beschlüsse in ruhige Bahnen geleitet worden. Die deutschen Gewerkschaften marschieren hinsichtlich der Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte in der ganzen internationalen Gewerkschaftswelt an der Spitze. Die Verhandlungen über die Reform der inneren Verwaltung der Verbände haben zur Aufstellung von einheitlichen Richtlinien in einer Reihe wichtiger Fragen geführt, die eine sehr erfreuliche Angleichung der Satzungen und damit ein höheres Maß von Einheit zur Folge hatten. Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung des Bundes als nationaler Zentrale der Gewerkschaften ergibt es sich, daß zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die sich dauernd vermehren, einheitlich von zentraler Stelle erledigt werden müssen. So wird sich z. B. auf die Dauer nicht vermeiden lassen, die Prozesse vor den Arbeitsgerichten zu rationalisieren und zu diesem Zwecke die Arbeitersekretariate auszubauen.

Die besondere Bedeutung, welche die Gewerkschaften den Bildungsfragen beimessen, ergibt sich nicht nur daraus, daß der Ausbau und die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Bildungswesens nach neuen Richtlinien in Angriff genommen werden. Darüber hinaus drängen die Gewerkschaften darauf, daß die Arbeiterbildung im wesentlichen des öffentlichen und freien Bildungswesens eingeordnet wird. Die Volkshochschulen und die Berufshochschulen sind als Stätten der Arbeiterbildung von entscheidender Bedeutung. Die Gewerkschaften halten eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen in einem freien, allen engen Vorurteilen abgewandten Geist für die befördernde Erziehungsaufgabe. Sie haben deshalb entschieden gegen den reaktionären Reichsschulgesetzentwurf Stellung genommen.

In seinen abschließenden Darlegungen beschäftigte sich der Redner mit den bemerkenswerten und sehr anzuerkennenden Wandlungen, welche die Gewerkschaftspressen in ihrer äußeren Gestalt wie in ihrem inneren Ausbau erfahren hat. Sie ist in mancher Beziehung das wichtigste Bildungsmittel der Gewerkschaften. Von ihrer Bedeutung und Verbreitung wissen die Außenstehenden im allgemeinen so gut wie nichts. Der Redner schloß seinen Bericht, indem er noch einmal die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Schulung und der geistigen Vertiefung für alle Gewerkschaftsfunktionäre und für alle Mitglieder hervorhob, und indem er den Tausenden und Hunderttausenden, die im Dienste der Bewegung tätig sind, dankte für ihre ideale Gesinnung und Arbeitsfreudigkeit, die auch in Zukunft eine Bürgschaft seien für die Größe und Stärke der deutschen Gewerkschaften.

Zu diesem Bericht des Bundesvorstandes, der von der großen Mehrheit des Kongresses mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, lagen drei Entschließungen des Bundesvorstandes und insgesamt 40 Anträge vor. Von den letzteren fanden jedoch von vornherein 26 nicht genügende Unterstützung und wurden infolgedessen von der Beratung ausgeschlossen. Die Ansprache über diesen Punkt wurde von 24 Rednern bestritten und ergab im allgemeinen weitgehende Übereinstimmung mit den Darlegungen des Bundesvorstandes; auch bei den wenigen Fragen, bei denen die Redner dem Bundesvorstand nicht beipflichten konnten, wurde mit großer Sachlichkeit Kritik geübt. Nur die kommunistischen Redner waren nicht in der Lage, ihre gegenteilige Auffassung in sachlicher Weise vorzutragen. Von einigen Rednern wurde eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gefordert; das weiteren

wurde scharfe Kritik an einer ganzen Reihe von Schiedsprüchen geübt sowie die Abwägung von Lohnkämpfen durch ungerechte Verbindlichkeits-erklärungen mehrfach scharf verurteilt. In der Schafung von Industrieverbänden wurde vom Bundesvorstand eine stärkere Beeinflussung gefordert. Die widerprüchvolle Haltung der Kommunisten auf dem Gebiete des Schlichtungswezens wurde mehrfach beleuchtet. Für die Durchführung einer einheitlichen Projektvertretung von gewerkschaftlicher Seite zeigte sich wenig oder fast gar keine Sympathie; manche Redner sahen in einer solchen die Gefahr einer Entfremdung der Mitglieder von ihren gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen und einer Verkünderung der Rechtspflege. Das staatliche Schlichtungswezen sollte nur dem Schutz der Schwachen dienen und die Änderung laufender Verträge durch Schiedsprüchle über-haupt nicht zulässig sein. Mehrfach wurde betont, daß der eignen Kraft der Gewerkschaft mehr Bedeutung als bisher beigelegt werden müsse. Zwangsstarife sollten nur noch auf Antrag der Gewerkschaften zulässig sein. Die einseitigen Körperschaften der Unter-nehmer sollten kein Recht mehr haben, in sozialpolitischen Dingen hineinzureden. Die gesetzliche Gleichstellung von Zwangsstarifen mit freien Tarifen müsse bekämpft werden. Die Eingriffsmöglichkeiten des Staatsanwalts in Tarifstreitigkeiten seien unhaltbar, wie überhaupt die Verbindung strafrechtlicher Bestimmungen mit dem Tarifvertragswezen unvereinbar sei. Scharfer Protest wurde gegen beabsichtigte Ausnahmestimmungen in der Arbeitslosenversicherung für die Landarbeiter erhoben. Dem Reichsarbeitsministerium wurde der Vorwurf gemacht, daß die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüchles für die Bekleidungsarbeiter den Unternehmern schon vier Tage vorher bekannt war, ehe die betreffende Arbeiterorganisation davon unterrichtet wurde, und daß die Begründung dieser Ablehnung nur in einseitiger Weise auf Unternehmerinteressen zugeschnitten war. Gegen diese Vorwürfe suchte der Ministerialdirektor Dr. Sigler das Reichsarbeitsministerium zu verteidigen, was ihm jedoch sehr schwer fiel und in der Hauptsache nur das Versprechen brachte, daß dergleichen in Zukunft nicht mehr vorkommen soll.

Da diese Aussprache über den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes im allgemeinen keine ernstern Differenzen erkennen ließ, war auch das Schlusswort, das wiederum Rallege G r a h m a n n übernahm, kurz und bündig. Bezüglich der Klagen über einen gewissen Mangel an Energie zur Förderung des Zusammen- schlusses der einzelnen Gewerkschaften zu Industrie- verbänden war er in der Lage, auf die großen Fort- schritte auf diesem Gebiete seit dem letzten Kongreß hinzuweisen und festzustellen, daß die noch vor- handenen Schwierigkeiten in den Verbänden selbst liegen, die einem Zwang seitens des Bundesvorstandes in dieser Frage abwendend gegenüberstehen. Die Frage von Tarifschwierigkeiten zwischen einzelnen Ver- bänden soll dem sozialpolitischen Ausschuß zur Reg- lung überwiesen werden. Verschiedene Hinweise auf den Druck der Reparationslasten müssen zu einer ersten Prüfung der Frage führen, wie sich die aus- ländischen Gewerkschaften zur Durchführung des Dawes-Planes stellen. Denn dieser Kongreß könne diese Frage nicht ohne weiteres lösen. In der Forderung

des Achtstundentages kann es kein Nachlassen geben. Der Bundesvorstand, wie jede einzelne Gewerkschaft arbeiten unabhängig an dieser Aufgabe; wenn in der Zwischenzeit beachtenswerte Ergebnisse darüberhinaus nicht erreicht wurden, so sei das nur darauf zurück- zuführen, daß die entgegenstehenden Kräfte stärker waren. In der Frage des Schlichtungswezens sei es sehr schwer, eine einheitliche Lösung zu finden. Auch der Bundesvorstand ist der Ansicht, daß eine Reform herbeigeführt werden müsse. Die von kommunistischer Seite aufgeworfene Frage, ob in den freien Gewerk- schaften nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Mitglieder sein können, müsse in dem Sinne beantwortet werden, daß noch nie ein bestimmtes Be- kenntnis oder eine bestimmte Weltanschauung für die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften maß- gebend gewesen seien. Nach wie vor besteht der absolute Wille der Gewerkschaften, unabhängig von allen Seiten außerhalb unsrer Kreise zu sein. Wir würden es daher auch nicht dulden, wenn die Sozialdemokratie unsre Verbände dirigieren wollte. Die Beobachtung der Grundsätze der Demokratie sollte aber auch von den Kommunisten geübt werden. Denn wer die Gesetze des Zusammenlebens der Menschen mißachtet, muß auch die Folgen auf sich nehmen. Wollten die Kommu- nisten aus dieser Auffassung uns eine Anregung zur Spaltung der Gewerkschaften unterstücken, dann würde in rein kommunistischen Organisationen die Durchführung ihrer eignen Parolen erforderlich werden. Dann würde sich aber auch ihre Schwäche bald erweisen. Die Debatte hat ergeben, daß der Kongreß im allgemeinen mit der Tätigkeit des Bundesvor- standes zufrieden ist. Es sollte daher beim Abschluß dieser Generalsitzung nicht vergehen werden, daß es trotz aller Schwierigkeiten vorwärts ging, und daß dabei nicht nur Hemmungen unsrer natürlichen Gegner, sondern auch in unsern eignen Reihen zu überwinden waren. Nur Böswilligkeit könnte be- haupten, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht nicht erfüllt hätten. Denn gerade seit den Tagen von Breslau ist es vorwärts gegangen. Es wird daher auch in Zu- kunft um so schneller vorwärts gehen, je mehr wir uns bemühen, auch im letzten Mitglied Gefühl für eigne Verantwortung und den unerschütterlichen Entschluß zu stärken, alles zu tun, um die Gewerkschaften noch größer und stärker zu machen.

Hierauf schritt der Kongreß zur Entscheidung über die zu diesem Punkte vorliegenden Entschlüssen des Bundesvorstandes und Anträge aus den einzelnen Verbänden bzw. des Kongresses; soweit diese die er- forderliche Unterstützung gefunden hatten.

Einstimmig angenommen wurden folgende drei Ent- schlüssen, die vom Bundesvorstand und Bundes- ausschuß dem Kongreß vorgelegt waren:

1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und der Arbeits- ausschuß

Der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Kritik zu eigen, die der Bundesausschuß in seiner Sitzung vom 16. Februar 1927 an dem Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes geübt hat. Er richtet erneut die Auf- forderung an Reichsregierung und Reichstag, durch das Arbeitschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig auf acht Stunden täglich zu begrenzen. Der Kongreß stellt fest, daß die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit, wie sie zuletzt durch das Arbeitszeitnotgesetz vom 8. April 1927 getroffen worden ist, weit entfernt ist von den Forderungen, die die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit erhoben

haben. Die Gewerkschaften wollen, daß der Grundsatz des Achtstundentages, dessen soziale, volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung heute niemand mehr ernsthaft zu be- streiten wagt, in allen Zweigen der Wirtschaft durchgeführt wird.

Diese Forderung erhebt der Kongreß auch gegenüber dem Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes, der infolge der zahlreichen Ausnahmen keineswegs eine Garantie für die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages gibt. Eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfs erfüllt nicht einmal die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens. Der Kongreß erklärt aber erneut, daß er die Vorschriften des Washingtoner Abkommens als ein Mindestprogramm auf dem Gebiet der Arbeitszeit betrachtet. Er erwartet von der Regierung und vom Reichstag, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des Arbeitschutzgesetzes das mehrfach gegebene Versprechen zur bedingungslosen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingelöst wird. Er appelliert aber auch an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Ratifizierung des Washingtoner Ab- kommens nicht durch Verhandlungen über Abänderung der Konventionen zu verzögern.

Vom deutschen Arbeitschutzgesetz erwartet der Kongreß eine großzügige Neuregelung des gesamten Arbeitschutz- wesens. Dabei erscheint ihm unerlässlich die völlige Umgestaltung des die Arbeitsaufsicht behandelnden Abschnitts zu einer Reichsarbeitsaufsicht, deren Aufbau im einzelnen in dem vom ADGB und dem AFA-Bund veröffentlichen Gegen- entwurf dargestellt ist. In dieser Reichsarbeitsaufsicht müssen die Durchführungsbehörden des Arbeitsgesetzes zu- sammengefaßt, die Arbeitsaufsicht vereinfacht und eine Selbstverwaltung in sie eingegliedert werden. Der Kongreß erwartet, daß Regierung und Reichstag nicht bei Halb- heiten stehenbleiben, sondern die vorgeschlagene große Re- form auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht durchführen werden. Weiter sind die Gewerkschaften der Auffassung, daß schon nach dem heutigen Stand der Technik und der Arbeiterorganisation sowie der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt und wirtschaftlich tragbar wäre. Mit dem weiteren Fortschreiten der Rationalisierung muß diese Forderung immer dring- licher werden.

2. Arbeitsmarktpolitik

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen- versicherung hat die Vermittlung und Beschaffung von Arbeit sowie die Unterstützung der Arbeitslosen auf eine neue Grundlage gestellt. Der 13. Kongreß der Gewerk- schaften Deutschlands billigt die Grundgedanken dieses Gesetzes, die der Reichsausschuß als einer unabhängigen Selbstverwaltungsbehörde die große Aufgabe eines plan- mäßigen Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeits- nachfrage unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Gebote zuweisen, und die gleichzeitig den Rechts- anspruch des Arbeitslosen auf eine Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit anerkennen. Der Kongreß ist sich aber bewußt, daß die Durchführung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung nur dann befriedigend erfolgen kann, wenn die Verwaltung der Reichsausschuß frei von bürokratischer Hemmung in enger Verbindung mit den in der Wirtschaft Tätigen durchgeführt wird. Er richtet daher an Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsausschuß den Appell, durch Heranziehung wirtschaftlich gekullter Kräfte, die nach dem Grundsatz des Gesetzes nicht im Beamtenverhältnis, sondern im Privatverhältnis zu be- schäftigten sind, an die Lösung der Aufgabe heranzuziehen.

Ebenso erwartet der Kongreß, daß durch eine verständige und soziale Handhabung der Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung die Reichsausschuß das Schicksal der Hunderttausende erleichtert, die immer noch vergeblich der WiederEinstellung in den Produktionsprozeß harren. Der Kongreß fordert die gesamte Öffentlichkeit auf, sich durch die Aufsaufnahme von Einzelfällen des Mißbrauchs der Unterstützung nicht täuschen zu lassen über die trost- lose Lage dieser langfristigen Arbeitslosen.

Der Kongreß stellt aber auch die Verpflichtung der Ge- samtheit fest, ihre Hilfe ergänzen dort einzusetzen, wo die Leistungspflicht und Leistungsfähigkeit der Arbeitslosen- versicherung verlagern. Er erhebt daher die Forderung, daß die Krisenfürsorge auf alle Berufsgruppen ausgedehnt und allen Arbeitslosen, die trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeits-

Hygieneprophender

In unserm Schlagwortfreundigen Zeitalter ist „Gesund- heitspflege“ die Forderung des Tages. Es kann und soll in keiner Weise bestritten werden, daß die Gesundheitserhal- tung und -förderung eine der wichtigsten Grundlagen für die weitere Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes ist. Auf der Gesundheit bauen sich die Arbeitsfähigkeit und die Lebensfreude auf. Die Gesundheit gewährt die Möglichkeit brauchbarer Volksvermehrung. Gesundheit ist fast immer die Voraussetzung für künstlerische, wissenschaftliche und kulturelle schöpferische Tätigkeit, dementsprechend wird die Durchführung hygienischer Einrichtungen überall zur Pflicht gemacht. Jedes Warenhaus, jede Bank ist moralisch gehalten, für seine Angestellten einen Dachgarten mit Sporteinrichtungen zur Verfügung zu stellen; kein Stubent wird zur Prüfung zugelassen, wenn er nicht seine Beteili- gung an Körperübungen nachweisen kann; jeder Bauplan wird gründlich auf seine hygienische Brauchbarkeit ge- prüft; je auch nur im geringsten auf Gesundheitsgefähr- dung verdächtige Anlage wird erst nach Prüfung durch die Gesundheitsbehörden genehmigt. Kurz, es gibt kaum ein menschliches Betätigungsfeld, das nicht in irgendeine Be- ziehung zur Gesundheitspflege gebracht würde. Hygiene — das große Schlagwort!

Nun besitzen Schlagwörter einige merkwürdige Eigen- schaften. Sie sind auf die Dauer nur lebens- und verbreit- tungsfähig, wenn sie einen guten Kern besitzen. Als unent- behrliches Werbemittel für ihren Bekanntheitsgrad dürfen und müssen sie einseitig sein. Sie müssen überleben, um möglichst viel zu erreichen. Aber sobald sie ihre Werbe-

tätigkeit über einen gewissen Punkt hinaussteigen, geraten sie in Gefahr, sich selber tot zu hegen. Sie können bei un- vorsichtiger Anwendung die Öffentlichkeit leicht so über- sättigen, daß diese von dem Gegenstand nichts mehr sehen und hören will, und das wäre für einen etwaigen wert- vollen Inhalt bedauerlich.

Treffen nun diese Voraussetzungen für das Schlagwort „Hygiene“ zu?

Um die kaum zu ermessenden Fortschritte des letzten Jahrhunderts auf hygienischem Gebiet sich vor Augen zu fassen, muß man sich in die Zeiten zurückdenken, in denen die Gesundheitspflege (soweit man von einer solchen über- haupt sprechen konnte) sich auf die arzneiliche Behandlung in Krankheitsfällen beschränkte. Daneben wurden wohl auch einige gute Ratssätze über vernünftige Lebensweise erteilt. Aber von Sauberkeit im Sinne von Keimfreimachung, von der Einwirkung von Luft, Licht und Wasser nach heuti- gen Anschauungen war keine Rede. Man kannte keine wirksame Seuchenbekämpfung (von der Pockenimpfung ab- gesehen), weil die Ursachen der Seuchen unbekannt waren. Es war die Zeit, in der man sich zu säubern glaubte, wenn man in ein Bogelnäpfchen voll Wasser, genannt Wasser- schale, die Fingerspitzen eintauchte. Es war die Zeit, in der höchstgestellte Persönlichkeiten auf einem benachbarten Gast- haus „die“ Badewanne der Stadt holen ließen, weil im Schloß eine Badeeinrichtung nicht vorgesehen war. Von den Gefahren verjauchter Trintwassers, mangelhafter Beseiti- gung der Abfallstoffe, von Sühlygiene, von gewerblichen Schädigungen halte man keine Ahnung. Selbstverständlich gab es auch keine vorbeuende Fürsorge, wie sie heute in

Gestalt von Erholungsheimen, Walschulen, Sorten usw. allgemein üblich ist.

Mit dem wachsenden Umfang der Städte und der zuneh- menden Inbuitrarbeit brach sich auch die Erkenntnis der überhand nehmenden Schäden und der Möglichkeit ihrer Beseitigung Bahn. Die neue „Wissenschaft Hygiene“ ent- stand. In eifrigster wissenschaftlicher und praktischer Arbeit bildeten sich die Erfahrungen, die zu dem jetzigen hohen Stand der öffentlichen Gesundheitspflege geführt haben.

Es ist also wohl ohne Zweifel, daß das „Schlagwort Hygiene“ einen sehr guten und berechtigten Kern enthält.

Der Siegeslauf der Hygiene ist auch dadurch nicht ge- hemmt worden, daß sie gelegentlich Wege einschlug, die später als falsch erkannt wurden. Als Robert Kochs Ent- deckung der Bakterien als Krankheitsursache allgemeine Begeisterung entflammte und dann Schlag auf Schlag immer neue Arten von Frankmachenden Keimlebewesen bekannt wurden, glaubte man die Seucheneinstichung end- gültig geklärt zu haben. Man glaubte die Zeit vorher be- rechnen zu können, in der die letzte Seuchentrankheit zu bestehen aufhören würde. Die nette Wilsbatterzählung aus dem ersten Kriegswogenen von den eilankenden Bazillen, die zur Vernichtung Deutschlands eingeschmuggelt sein sollten, spiegelt noch die übertriebene Vorstellung wider, die man von den Bakterien als den alleinigen Krankheitsvererger hatte. Seitdem hat man gelernt, daß nur die Wechsel- wirkung zwischen dem mehr oder weniger empfänglichen Körper und den Seuchenkeimen entscheidet, ob die „An- steckung“ zur „Krankheit“ wird. Unempfindliche Menschen können als „Bakterienträger“ jahrelang diese gefährlichen Gäste beherbergen und ausscheiden, ohne selbst krank zu

willigkeit einen Anspruch auf die Versicherungsleistung noch nicht besitzen oder diesen Anspruch erschöpft haben, ohne Ausnahme und ohne zeitliche Begrenzung gewährt wird.

3. Freizeit der Jugend

Die von den Gewerkschaften seit langem erhobenen Forderungen nach besonderen sozialpolitischen Schutzbestimmungen für die erwerbstätige Jugend sind von der Gesetzgebung bisher nicht erfüllt worden. Der vorliegende Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes enthält wohl die geforderte Erhöhung des Kinder- und Jugendschutzes und auch eine weitere Einschränkung der Nachtarbeit Jugendlicher; er bringt aber eine nur unzulängliche Regelung der täglichen Arbeitszeit und geht auf die Freizeitforderungen für die Jugendlichen (Frühschluss vor Sonn- und Feiertagen und jährlicher Urlaub) gar nicht ein. Die große Zahl derjenigen Jugendlichen, die nicht in den Genuss der bisher allein durch Tarifverträge geschaffenen Urlaubsansprüche kommen, macht jedoch eine sofortige gesetzliche Regelung des Urlaubs für Jugendliche zur Notwendigkeit.

Der Gewerkschaftskongress richtet deshalb an die Reichsregierung und an den Reichstag das dringende Ersuchen, die von weiten Kreisen des deutschen Volkes vertretenen Freizeitforderungen für die erwerbstätige Jugend so bald wie möglich zu verwirklichen und zu diesem Zweck das Arbeitsschutzgesetz entsprechend auszugestalten.

Weiter erklart der Gewerkschaftskongress die Reichsregierung, Beginn und Beendigung der allgemeinen Schulpflicht im ganzen Reich einheitlich zu regeln, um den Schwierigkeiten vorzubeugen, die sich sonst aus den erweiterten Kinder- und Jugendschutzbestimmungen ergeben können.

Angenommen wurde ferner ein Antrag der Mitgliedschaft Kottbus unfres Verbandes, der folgenden Wortlaut hat:

Das zurzeit bestehende Schlichtungswesen ist ein Hemmschuh für Tarifverhandlungen der Arbeiterschaft. Wenn auch anerkannt wird, daß für schwächere Gewerkschaften das Schlichtungswesen ein gewisser Vorteil ist, so erischt die Mitgliedschaft Kottbus des Verbandes der Deutschen Buchdrucker den Vorstand des DGB, darauf hinzuwirken, das Schlichtungswesen einer gründlichen Anberung zugunsten der Gewerkschaften zu unterziehen.

Der Berichterstatter der Antragskommission erklart in diesem Antrage einen auch im Sinne der Aussprache auf dem Kongress über das Schlichtungswesen liegenden Auftrag an den Bundesvorstand, durch dessen Annahme bzw. Abweisung zur Kenntnis der Bundesvorstand durch den Kongress ermächtigt wird, ernstlich zu versuchen, eine bessere Lösung zu finden. Er stellt dabei noch ausdrücklich fest, daß trotz aller Kritik des heutigen Schlichtungswesens, Anträge auf dessen Aufhebung auf dem Kongress keine Unterstützung gefunden haben. Annahme fand ferner ein Antrag, der die Erörterung einer Ferienausgleichskasse fordert. Ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Düsseldorf über eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage wurde dem Bundesvorstand als Material überwiefen. Bezüglich der Vertretung vor den Arbeitsgerichten wird von Änderungen des jetzigen Zustandes vorläufig abgesehen. Wegen einer besseren Regelung in gewissen Fragen der Arbeitslosenversicherung wurde den Gewerkschaftsvertretern in der Reichs-anstalt auf Vorschlag der Antragskommission aufgegeben, ihren besonderen Einfluß geltend zu machen. Angenommen wurde ein Antrag auf Streichung des Absatz 8 § 123 der Gewerbeordnung, wonach eine kündigungsfreie Entlassung erfolgen kann, wenn Gehilfen zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer absehbareren Krankheit behaftet sind; der Bundesvorstand soll in diesem Sinne geeignete Schritte unternehmen. Weiter wurde ein Antrag des Dachdeckerverbandes angenommen, nach dem sich der

Gewerkschaftskongress mit allem Nachdruck gegen etwaige Versuche wendet, die Rechte der Zwangsorganisationen des Handwerks zu vergrößern, solange nicht die in der Reichsverfassung verheißene Gleichberechtigung der Arbeiter verwirklicht ist. Sodann wurde der Bundesvorstand beauftragt, auf eine Anberung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Berufsausbildung im Sinne einer gleichberechtigten Mitwirkung der Gewerkschaften hinzuwirken. Der Kongress erklärte sich ferner auf einen Wunsch des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten damit einverstanden, daß bei tariflichen Regelungen die Verbände sich der Interessen der Kriegsbeschädigten besonders annehmen sollen.

Abgeschlossen wurde sodann die Aussprache über den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes mit der Annahme eines Vertrauensvotums für den Bundesvorstand und alle seine Mitarbeiter, und zwar mit allen gegen nur drei Stimmen. (Schluß folgt.)

Soziale Fikerei oder Reform?

Die deutsche Sozialversicherung befindet sich vom Tage ihres Entstehens an in fortgesetzter Umgestaltung. Besonders seit dem Kriege ist kaum ein Jahr vergangen, in dem nicht mehr oder weniger tiefgreifende Änderungen an den einzelnen Versicherungsgefehen vorgenommen wurden. In jedem Falle handelte es sich um Besserungen in der sozialen Fürsorge für die Versicherten, ohne daß jedoch damit etwas Endgültiges oder doch mindestens für längere Dauer Ausreichendes geschaffen wurde. Unter diesen Umständen konnte weder bei den Versicherten, noch bei den mit der praktischen Handhabung der Sozialversicherung betrauten Stellen eine Befriedigung über diese gesetzgeberische Arbeit aufkommen; sie war und blieb eine endlose Fikerei, die bis auf den heutigen Tag fortgesetzt wurde.

Auf die Dauer beginnt dieser Zustand unerträglich zu werden. Nicht deswegen, weil etwa die getroffenen Änderungen wirtschaftlich zu einschneidend wären und — wie die Unternehmer behaupten — die deutsche Wirtschaft zu erkliden drohen. Davon kann keine Rede sein! Vielmehr nur aus dem Grunde, weil es ausgeschlossen erscheint, auf dem seitver verfolgten Wege das mit der Sozialversicherung erstrebte Ziel einer den modernen Anforderungen entsprechenden und den veränderten Wirtschaftsverhältnissen angepaßten sozialen Fürsorge zu erreichen. Die der deutschen Sozialversicherung anhaftenden Mängel bestehen nicht darin, daß an der einen oder anderen Stelle die Leistungen nicht genügen, sondern sie wurzeln in ihrer von vornherein verfehlten Organisation, die auf ganz andre Verhältnisse zugeschnitten waren, als sie jetzt bestehen. Deshalb vermögen auch alle Änderungen und Ergänzungen ihrer Vorschriften keine wirksame Besserung herbeizuführen. Diese haben vielmehr ein versicherungsrechtliches Durcheinander geschaffen, in dem sich nur noch der Fachmann zurechtfinden vermag. Die Masse der Versicherten dagegen steht der sie aufs engste berührenden Versicherungsgefegebung vollständig fremd gegenüber; nicht einmal die Grundzüge sind ihr einigermaßen gefällig. In die versicherungsgefebliche Materie einzubringen oder an der Ausgestaltung der sozialen Versicherungsgefegebung bewußt mitzuwirken, ist für die Versicherten völlig ausgeschlossen. Hierin vermögen alle Versuche, die Sozialversicherung zu popularisieren, nichts zu ändern, sind doch die dazu herausgegebenen Einführungschriften wie auch die Versicherungskommentare oder Gesetze in der Regel bereits bei ihrem Erscheinen durch neue Änderungen überholt und veraltet.

Diese Widerstände bestehen seit langem und machen sich immer stärker bemerkbar, weshalb auch in den Kreisen, die besonders darunter zu leiden haben, den in der Sozial-

versicherung praktisch Tätigen, das Verlangen nach endlicher Abhilfe immer stärker wird. Besonders in der letzten Zeit mehren sich die Stimmen aus sozialpolitischen Fachkreisen, die dahingehende Forderungen aufstellen. Auch bei den Gewerkschaften ist man allmählich müde geworden, sich mit den kleinen sozialversicherungsrechtlichen Zugeständnissen zufriedenzugeben, wie sie in den letzten Jahren ilitzt waren. Man fordert nun Reform der Sozialversicherung, dann durchgreifende Rationalisierung! Dieser Forderung hat auch der in Hamburg tagende Gewerkschaftskongress Ausdruck gegeben. Um weniger kann und darf es sich nicht handeln, wenn man aus den bestehenden Verhältnissen heraus will. Mit den bisherigen Fikereien kommt man nicht vorwärts. Die Sozialversicherung verlangt eine durchgreifende Reform, einen organischen Neuaufbau.

Im Vorschlägen, wie diese Reform durchgeführt werden soll, fehlt es nicht. Im allgemeinen gehen sie auf eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung hinaus, die eine Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsweige unter gemeinsamer Aufsicht und einheitlicher Verwaltung zum Ziel hat. Ihre Durchführung würde nun eine vollständige Umwälzung der versicherungsrechtlichen Organisation bedeuten. Gegenwärtig haben die verschiedenen sozialen Versicherungsweige: Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Angestelltenversicherung und Arbeitslosenversicherung, je ihre eigene Organisation und Verwaltung. Jeder Versicherungsweige führt für sich ein besonderes Dasein und steht mit andern in nur losem Zusammenhang, obwohl die Leistungen vielfach ineinander übergehen. Damit aber nicht genug, bilden auch die einzelnen Versicherungsweige keine organisatorische Einheit, sondern zerfallen in eine Anzahl von Körperschaften, die zum Teil, ganz entgegen dem zu verfolgenden sozialen Zweck, nicht etwa mit, sondern gegeneinander arbeiten.

Das ist das Gegenteil einer rationalen sozialen Versicherungsarbeit, und wenn die Leistungen der sozialen Versicherung rückständig, ihre Verwaltung dagegen zum Teil recht kostspielig ist, so liegt hierin die Ursache. Am auffälligsten tritt diese Tatsache bei der Krankenversicherung hervor. Das Krankenversicherungsgefe besteht seit dem Jahre 1883. Trotz der seit dieser Zeit vorgenommenen vielfachen sogenannten Reformen läßt die Krankenversicherung noch jede Einheitlichkeit vermissen. Schon die Art der Versicherungsträger ist eine außerordentlich verschiedene. Wir haben Ortskrankenkassen, Innungskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Landkrankenkassen, Knappschafts-krankenkassen und Ersatzkrankenkassen. Insgesamt waren 1926 bei 20,3 Millionen Versicherte nicht weniger als 7679 Krankenkassen vorhanden, von denen 2328, gleich 30,6 Proz. der Gesamtzahl, nur bis zu 250 Mitglieder zählten. Zieht man in Betracht, daß die Leistungsfähigkeit einer Krankenkasse von ihrer Mitgliederzahl abhängt, so erscheint diese Zerstückelung als eine versicherungsrechtliche Ungeheuerlichkeit. Leider macht sich dieser Widerspruch in nur zu weitem Umfange bemerkbar, hatten doch 4596 Krankenkassen, also 60,4 Proz. der Gesamtzahl, unter 1000 Mitglieder. Dieser Zerstückelung der Krankenversicherung ist es zuzuschreiben, wenn die Leistungen der Krankenkassen in Umfang und Höhe außerordentlich verschieden sind und sich ein sehr großer Teil der Versicherten trotz hoher Beiträge mit den unzulänglichen gesetzlichen Mindestleistungen begnügen muß.

Bei der Invalidenversicherung ist die organisatorische Zerstückelung geringer. Die Zahl der ursprünglich vorhandenen 31 Landesversicherungsanstalten hat sich etwas vermindert, sie ist aber noch immer überflüssig groß. Einen besonderen Abstand bildet die Abtrennung der Knappschafts- und Angestelltenversicherung von der Invalidenversicherung, vor allem deshalb, weil hieraus für letztere eine nicht zu rechtfertigende Belastung zum Nachteil der Arbeiter entsteht. Ferner entspricht die Beitrags- und Leistungsgruppierung der Invalidenversicherung nicht mehr

werden. Die Lehre von der Empfänglichkeit des Einzelmenschen lenkte berichtigend und ergänzend die Bakteriologie wieder von der Sackgasse, in die sie sich verfahren hatte, in die allgemeine Fahrstraße der vorwärtstrebenden Wissenschaft zurück.

Auch auf andern Gebieten traten Einseitigkeit und Überbetreibung gelegentlich hervor. Die sehr hohe Säuglingssterblichkeit hatte auf schwere Schäden in der Gesundheitspflege der ersten Lebensmonate hingedeutet. Man suchte und fand die Ursache in Verdauungsstörungen. Der Kampf gegen die keimhaltige Milch begann. In jede Kleintinderstube zog der Sogholet-Apparat ein, in dem die Milch dreiviertel Stunden sterilisiert werden mußte, und siehe da: die Kinder erkrankten nicht mehr an Brechdurchfall, sondern an Säuglingsstomatit, der Barlowischen Krankheit, weil durch das lange Kochen lebenserhaltende Stoffe der Milch zerstört worden waren. Aber auch nach Abstellung dieses Abstandes entwickelten sich merkwürdigerweise viele Kinder schlecht, die in Kinderheimen in den besten Einrichtungen und der vorzüglichsten Leitung aufwuchsen. Diese Kinder wurden vor jeder Infektion geschützt, erhielten die denkbar beste Körperpflege und eine nach wissenschaftlichen Grundsätzen zubereitete Nahrung; sie wuchsen in luftigen, tiefen Räumen auf und trotz alledem fehlte ihnen die Lebensfreude, die gesunde Gewebepannung; sie glitten Treibhauspflanzen trotz aller Hygiene. Sie waren, wie sich herausstellte, mit Hygiene überfättigt. Man hatte wieder einmal geahnt, der Natur ins Handwerk pfeifen zu sollen, und hatte sich ängstlich bemüht, von den Kleinen alle Schädlichkeiten fernzubalsten; aber man hatte nicht bedacht, daß alles Lebendige auf die Überwindung schädigender Einflüsse ein-

gerichtet ist. Nur im Abwehrkampf entwickelt der Körper jene Kräfte, die zugleich die lebensfeindlichen Mächte zurückdrängen und die eigne Lebensfähigkeit und Lebensfreude erschöpfen.

Die schlechter behüteten Kinder in den elterlichen Wohnungen müssen ständig mit Bakterienangriffen, mit unzumutbarer Wärmeregulierung, mit Annuhe und allen möglichen andern Schäden ringen; nicht alle sind diesem Kampf gewachsen; aber die widerstandsfähigen unter ihnen werden noch widerstandsfähiger, wie der Baum im freien Walde meist kerniger als der Parkbaum wird. Diese beiden Beispiele beweisen die Gefahren einseitig und mechanisch angewandter Gesundheitslehren. Man hat aus ihnen gelernt und strebt jetzt nicht nur Schutz, sondern auch Kräftigung an. Dazu ist es unerlässlich, die breite Masse des Volkes mit den hygienischen Vorstellungen zu durchdringen. Der Gesundheitsunterricht nimmt im Lehrplan der Schulen eine wichtige Stellung ein. Vorträge vom Hörsaal bis zum Rundfunk und Kino, Flugblätter, Gesundheitswachen, Hygiene, Sports, Ernährungsanstellungen drängen sich geradezu, um jeden Menschen oft über sein Fassungsvermögen hinaus zum Hygienedozenten heranzubilden. Die Gefahr liegt nahe, daß auch hier wieder über das Ziel hinausgeschossen wird. Auf der einen Seite droht die Oberflächens- und Halbbildung, die mit einigen eingepaukten Begriffen schwieriger, verwickelte Lebensvorgänge beherrschen zu können glaubt. Auf der andern Seite steht die viel größere Gefahr der Überwertung. Wenn einem Menschen ständig mit allen Mitteln moderner Keilame vorgehalten wird, welche gesundheitlichen Gefahren ihm

drohen, was er alles zu tun und zu lassen hat, um seine wertvolle Persönlichkeit gesund zu erhalten, so muß er schließlich zu der Überzeugung kommen, daß es auf der Welt nichts Wichtigeres als die Gesundheit gibt. Wenn er dann noch ängstlicher Natur ist, wird er bald überall Gefahren wittern. Das sind die Menschen, die in der Straßenbahn kaum zu atmen wagen, die an jedem Apfel Paratyphusbazillen, an jeder Türklinke Syphiliserreger entdecken. Der Fußboden ist ihnen zu kalt, der Heizkörper zu warm; vom Luftdruck- und Feuchtigkeitsmesser hängt ihre Lebensfreude, vom Unterhand ihre Arbeitsfähigkeit ab. Sie sind zu Hygienehypochondern (Schwermühtigen) gezüchtet worden.

Solch Hygienehypochonder verkert allmählich das Verständnis dafür, daß auch die Gesundheit letzten Endes nur Sinn hat, wenn sie als Vorbedingung für das erfolgreiche Leben aufgefahrt wird. Sie soll zur Arbeit, zum Dienst am Volke und an der Menschheit befähigen, aber sie darf nicht Selbstzweck werden. Man kann in Abwandlung des bekannten Wortes sagen: Wir leben nicht, um gesund zu sein, sondern wir sollen uns gesund erhalten, um leben und arbeiten zu können. Dieser Gesichtspunkt ist bisher bei der hygienischen Belehrung zu wenig betont worden. Die neuzeitliche plastische Darstellungskunst kann mit Rechtigkeit neben der (passiven) Vermeidung der Gefahren die (aktive) Sebung der Widerstandskräfte lehren. Aber vor allem sollte sie immer wieder darauf hinweisen, daß die Gesundheitserhaltung Pflicht ist um des ganzen Volkes willen, nicht lediglich zur Erhöhung der eignen Behaglichkeit.

den zu stellenden Anforderungen. Die über 36 M. wöchentlich hinausgehenden Arbeitseinkommen finden keine Berücksichtigung. Ferner besteht ganz ungenügenderweise für die Versorgung der Kriegswaisen eine besondere Versorgungs-einrichtung mit einem sehr ausgedehnten und kostspieligen Verwaltungsmittel. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Unfallversicherung, für die etwa 70 gewerbliche und 50 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften bestehen. Schon bei der Kranken- und Invalidenversicherung das Mitwirkungsrecht der Versicherten außerordentlich beschränkt, so scheitert es bei der Unfallversicherung nahezu vollständig aus. Einen Einfluß auf die Verwaltung haben sie überhaupt nicht, sondern diese liegt vollständig in den Händen der Unternehmer.

Aus dieser Darstellung der Organisation der deutschen Sozialversicherung geht zur Genüge hervor, daß mit einzelnen Eingriffen an dieser oder jener Stelle nicht geholfen werden kann. Der vorhandene Organisations- und Verwaltungsapparat sowie der Aufbau der Sozialversicherung ist nicht mehr zeitgemäß. Zu kompliziert, schwerfällig und kostspielig, läßt er weder eine befriedigende Ausgestaltung der Leistungen, noch eine den praktischen Bedürfnissen genügende Vereinfachung zu. Hierin vermag nur eine durchgreifende Reorganisation Wandel zu schaffen. Wie soll nun diese vorgenommen werden? In Nr. 8 der „Arbeit“ hat Franz Spielert hierfür Vorschläge unterbreitet, die sich im wesentlichen mit andern, von Sozialpolitikern vertretenen, bededen. Er fordert die Zusammenlegung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mit der Rentenversicherung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen; eine Vereinigung der Krankenversicherung mit der Unfallversicherung, und als drittes selbstständiges Versicherungsgebiet: die Arbeitslosenversicherung. Jede Versicherung soll einer besonderen Reichsanstalt und alle zusammen dem Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsinstanz unterstellt sein, zugleich soll den Gewerkschaften ein weitgehendes Mitwirkungsrecht an der Verwaltung eingeräumt werden.

Mit diesen Vorschlägen kann man sich im allgemeinen einverstanden erklären. Die bestehenden Sonderversicherungen: Angestellten- und Knappschaftsversicherung, müssen also ebenfalls verschwinden, ebenso die Bielefeldigkeit der übrigen Versicherungsorgane, wenn in der Aufbau des sozialen Versicherungsapparats, in seine Gliederung und seine Leistungen Klarheit und Übersichtlichkeit gebracht werden soll. Sind hier einmal dahingehende Grundlagen geschaffen, so kann durch einzelne, nicht zu vermeidende Änderungen in Höhe und Umfang der Leistungen nicht mehr jene Verworrenheit entstehen, die gegenwärtig für die Versicherten so unangenehm und nachteilig wirkt. Die Notwendigkeit einer solchen Reorganisation steht schon lange fest. Es ist viel und oft darüber geschrieben und verhandelt worden. Nachgerade wird es Zeit, daß endlich zu Taten übergegangen und ihre praktische Durchführung in Angriff genommen wird.

Korrespondenzen

Bremen. (Maschinenseher.) Zu der in Bad Zwisseln am 19. August abgehaltenen Wanderversammlung des Maschinensehervereins Nordwest waren nicht nur aus fast allen angestammten Orten die Kollegen herbeigekommen, sondern auch zahlreiche Damen und sonstige Familienmitglieder hatten es sich nicht nehmen lassen, diese Fahrt mitzumachen. Laender Sonnenheine breitete sich über die Landstraße, und es waren alle Voraussetzungen gegeben, jene echt freundschaftlich-kollegiale Stimmung zu wecken, wie sie sich immer da ergibt, wo sich Buchdrucker zu gemeinschaftlicher Aussprache über ihre beruflichen und wirtschaftlichen Interessen zusammenfinden. Am 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Bartkhausen, die Tagung mit der Begrüßung der anwesenden Kollegen und teilte das Ableben des Kollegen Figgert (Aurich) mit, der eine letzte Ehre durch Erheben von den Siben erfuhr. Im Namen des Bezirksvorstandes Oldenburg wünschte der Kollege Falow die Tagung einen guten Verlauf. Der Vorsitzende machte Mitteilung, daß aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Maschinensehervereins Karlsruhe und des 60jährigen Bestehens des Ortsvereins Bremerhaven Glückwunschkarten abgedruckt wurden. Gegen die Aufnahme von drei Kollegen wurde kein Widerspruch erhoben. Sodann wurde der Inhalt des Rundschreibens der Zentralkommission bekanntgegeben. In der Aussprache wurde bedauert, daß nur ein Teil der graphischen Arbeiterhaft in die erhöhte Berufsgefahr einbezogen worden ist. Man befürchtet, daß durch die technische Verbesserung immer mehr Hände aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet und so ein verhängnisvoller Druck auf die Arbeiterhaft ausgeübt werde. Gerade auch die „Pressa“-Schau sei ein Beispiel, daß immer mehr Handarbeit der Maschine geweiht werde. Da im nächsten Jahre der Manteltarif ablaufen werde, müsse unter allen Umständen verlangt werden, für die Maschinenseher die früher geübte Arbeitszeitverkürzung wieder im Tarif zu verankern. Der Kollege Gortler legte der Versammlung einen Antrag vor und erhob die Forderung, erneut der Frage der Kürzung der Arbeitszeit näherzutreten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Punkt „Technisches“ ergab eine reichhaltige Aussprache über elektrische Heizung, Ausschleißschwierigkeiten, e- und n-Ausstattung, Matrizenreinigung und Belüftungsmessung. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und mit einem freudigen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Anschließend fand eine gemeinsame Mittagstafel im Tagungstafel statt. Der Nachmittag wurde zur Besichtigung des Sehenwürdigkeiten in Bad Zwischenahn und zu Spaziergängen in die Umgebung benutzt. Es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß alle Kollegen um manche Anregung reicher und besonders mit dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller

Maschinenseher wieder glücklich in ihren Wirkungskreisen gelandet sind. Auf Wiedersehen zur Frühjahrs-Generalversammlung 1929 in Bremen!

Görlitz. (Verein schlesischer Korrektoren.) Unsere diesjährige Wanderversammlung am 22. August in Görlitz war von schönem Wetter begünstigt und hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Die Görlitzer Kollegen machten ihren Gästen den Aufenthalt in ihrem Orte so angenehm wie möglich. An dem Empfang der auswärtigen Kollegen am Bahnhof Wags, wo jedem Teilnehmer ein Plan von Görlitz mit Ansichtskarten überreicht wurde, schloß sich ein Morgenpaziergang nach der Landestronte. Die Wanderversammlung wurde eingeleitet mit zwei ausgezeichnet gelungenen Liedern: „Mein Schieferland“ von Wittmann und „Am Strom“ von Ahmann von Gesangsverein „Gutenbergs“ (Görlitz) unter der exakten Leitung seines Chormeisters Scholl. Hierauf sprach der Senior der schlesischen Korrektoren, Kollege Kothold (Breslau) einen selbstverfaßten Vorpruch. Kollege Schmidtmann (Breslau) eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Ihm folgten einige kurze aber herzlich gehaltene Begrüßungsansprachen von Oris- und Bezirksvorsitzenden von Görlitz, von den Spartenvertretern sowie von den Kollegen aus den einzelnen Orten. Mit trefflichen Worten begrüßte Kollege Ahmann drei Jubilare, die Kollegen Hübel (Görlitz), Besthold und Stenzel (Breslau) und überreichte jedem ein kleines Geschenk. Nach einer Aufnahme wurden Begrüßungsschreiben einiger am Erscheinen verhinderten Kollegen vorgelesen. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war der Vortrag des Kollegen Schmidtmann über „Pressa und Korrektoren“. Eingehend schilderte er das dort aufgestellte Material, welches viel beachtet wird. Auch gab er Proben aus den Manuskriptsammlungen. Den Besuch, die Korrektorenarbeit der großen Öffentlichkeit vor Augen zu führen, bezogte er als gelungen. Trotzdem sei es notwendig, die Ausstellung auszubauen, um sie bei passenden Gelegenheiten in größeren Orten auszuliegen. Diesmal war es uns bei der Kürze der Zeit nicht möglich, die Zentralkommission zu unterstützen. Deshalb richtete der Redner an alle Kollegen die Bitte, geeignete Schriftstücke zu sammeln und dem Verein zu überreichen. Unter „Organisatorisches“ wurde festgestellt, daß, wie im Reich, auch in Schlesien die Mitgliedszahl ständig wachse. Die Bezahlung erfolgt meist über Tarif. Leider muß festgestellt werden, daß eine Buchdruckerei, die vorbildlich sei sollte, einem über Tarif entlohnten Kollegen bei Vertretung die 7/8 Proz. vorenthalte. Da der „Duden“ in nächster Zeit neu aufgelegt werden soll, wurde es als wünschenswert betrachtet, daß auch hierzu die Korrektorenvereine Stellung nehmen. Am die im „Duden“ vorhandenen Lücken auszufüllen, ist die Mitarbeit eines jeden Kollegen notwendig. Beschlüsse wurden, die nächste Wanderversammlung in Glogau abzuhalten. Um allen Provinzmitgliedern die Möglichkeit zu bieten, der Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins im Jahre 1930 in Breslau beizumohnen, wurde beschlossen, ab 1. Oktober 1928 einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben. Mit einem Hoch auf Sparte und Verband wurde die Wanderversammlung geschlossen. — Nach dem Mittagessen ging es in zwei Gruppen zur Besichtigung der Sehenwürdigkeiten der Stadt: „Der Abend verlebte eine stattliche Anzahl Kollegen mit Frauen im „Volkshaus“ bei Musik, Tanz und Preisquadratspielen. Die Sänger des Gesangsvereins „Gutenbergs“ sangen wiederum eine Anzahl erster und heiterer Weisen und erzielten dafür reichen Beifall. Zwei Festlieder von den Kollegen Warkus (Görlitz) und Besthold (Breslau) trugen zur Verschönerung des Tages bei. Allen Görlitzer Kollegen sowie den Sängern, die mit dazu beigetragen haben, daß die Wanderversammlung einen so schönen Verlauf nahm, sei auch an dieser Stelle nochmals gebannt.

Grevesmühlen i. Meckl. Am Sonntag, 26. August, fand hier unter sehr starker Beteiligung eine Zusammenkunft der Kollegen der Bezirke Lübeck, Schwerin und Wismar statt. Auch die Damen nahmen zahlreich an diesem Buchdruckerfest teil. Einleitend brachte die „Graphische Bildertafel“ (Lübeck) unter Leitung ihres vorzüglichen Dirigenten einige gut vorgetragene Lieder zu Gehör. Der Begrüßung der rund 350 anwesenden Kollegen durch den Schweriner Bezirksvorsitzenden, den Vorsitzenden des Ortsvereins Grevesmühlen und den Vorsitzenden des Ortsausschusses schloß sich die Berichterstattung der drei Bezirksvorsitzer an. Kollege Burmeister (Lübeck) erwähnte in seinem Bericht besonders die Vorgänge bei der letzten Lohnbewegung, betonend, daß seinerzeit sehr viel Vertrauen verschüttet worden sei. Mit gespanntester Aufmerksamkeit nahm die Versammlung die aufklärenden Ausführungen des Kollegen Glaser (Berlin) hierzu entgegen. Das Referat über „Die Invalidenunterstützung im Verband“ hatte bereitwilligsterweise der Hauptverwalter des Verbandes, Kollege Glaser (Berlin), übernommen, der in flüchtigsterweise dem Vortrag alles Wissenswerte vermittelte über den Aufbau und die Weiterentwicklung dieser vom Verband geschaffenen und gerade jetzt von den andern Organisationen angegriffenen Einrichtung. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Infolge vorgeschrittener Zeit wurde von einer Diskussion Abstand genommen und mit einem Hoch auf den Verband die eindrucksvolle Versammlung geschlossen. — Der Mittagstafel in Form eines Vorkommens folgte ein Verbandsausflug nach um den Wobbecker See unter Vorantritt der Schweriner Mandolinentruppe. Nur wenige verzügliche Stunden im Verbandsausflugstafel, das der Arbeiterhaft zum ersten Male zur Verfügung stand und in dem sich doch alle wohl fühlten, verblieben bis zur Abfahrt derzüge.

Hagen i. Westf. Unsere dritte diesjährige Bezirksversammlung am Sonntag, dem 26. August, in Weickede. Dieser keine Drudert im entferntesten Winkel unseres Bezirks war deshalb gewählt worden, weil man hierorts freigewerkschaftliches Leben kaum kennt. Heller Sonnenchein lächelte schon am frühen Morgen vom Himmel, als nach mehrstündiger Wahrung die ersten Trupps der Kollegen eintrafen. Besonders stattlich war neben der großen Zahl der jungen Kollegen auch diejenige unserer „Alten“, die vom Bahnhof aus, geführt von dem Weickeder Kollegen, durch die Straßen des kleinen, aber schönen Landstädtchens wanderte, um einen Ausflug nach der nahegelegenen Hennetalperre zu machen. Im festlich mit Fäh-

nen in den Buchdruckerfarben geschmückten und mit frischen Blumen reichgezierten Saal wurde gemeinsam das Mittagessen eingenommen. Nach diesem tagen zunächst gefordert die Handseher, Drucker und Stereotypen des Bezirks. Dann folgte die Bezirksversammlung, bei welcher der Saal bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Unser Vorsitzender, Kollege Krenop, begrüßte die erschienenen Kollegen und Gäste und gab seiner Freude über den außerordentlich guten Besuch Ausdruck. Dann bot noch ein besonders herzlich willkommen der Weickeder Mandolinentrupp „Lyr“ mit drei exakt zu Gehör gebrachten Musikstücken. Ein fest nicht endenwollender Beifall belohnte diese Leistungen. Geschäftliches und Kasienbericht fanden allerzürigste Erlebniß. Den Kernpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des Bezirksvorsitzenden von Duisburg, Kollege Kette, über: „Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften“. Der vorzüglich aufgebaute Vortrag ging von den kleinsten Anfängen der Gewerkschaften aus, brachte dann treffend, und für jeden leicht verständlich, das durch die Gewerkschaften für die Arbeiterhaft Erreichte und ferner die Wirkung des Ertragens auf die große Allgemeinheit klar und hell in den Vordergrund. Der ausgezeichnete Redner brachte an diesem Nachmittag der Hagenener Bezirkskollegenhaft wirklich etwas, was ihr seither selten zu geboten worden ist. Der Beifall und die Dankesworte des Vorsitzenden waren wofürdient. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Plettenberg bestimmt. Am Schluß schallte einstimmig durch die geöffneten Saalfenster in das stille Städtchen hinaus das Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker als Ausdruck an die arbeitende Bevölkerung Weickedes, sich anzuschließen und einzugliedern in die freien Gewerkschaften.

G. Hannover. (Stereotypen, Galvano-plastiker und Schriftgießer.) Die außerordentliche Generalversammlung unserer Gewerkschaft am Sonntag, dem 19. August, im Saal „Sächsischer Hof“ zu Braunschweig wurde vom Vorsitzenden mit Begrüßungsworten an die zahlreich Erschienenen eröffnet. Bezirksvorsitzender Kollege Keuler begrüßte ebenfalls die von nah und fern erschienenen Kollegen und wünschte guten Verlauf der Tagung. Nach Erledigung einiger Tagesordnungspunkte berichtete Kollege Kötter über die Besichtigung mit dem Vppel, daß jeder Kollege seine volle Kraft für weiteren Ausbau der Sparte einzusetzen habe. Aufgenommen in unsern Verein wurde ein Kollege. Sodann nahm das Wort unser Vorsitzender Kollege Fackel zu seinem Vortrag „Die Bedeutung der ‚Pressa‘ für unsere Sparte“. Redner begann mit der Darstellung der kulturhistorischen Schau, die Entstehung des Briefes bis zur Zeitung, und kam dann zu den technischen Neuerungen. In langen Ausführungen wurden die ausgestellten Maschinen und Materialien an Hand von Katalogen und Prospekten eingehend erläutert. Die Versammlung spendete dem Vortragenden am Schluß seiner vortrefflichen Rede herzlichen Dank. Unter dem letzten Punkt, „Verschiedenes“, gab Kollege Kötter seine staatsrechtlichen Feststellungen über Entlohnung der Stereotypen in der Provinz bekannt, wonach ein gutes Stück Arbeit geleistet werden muß, um überall ordnungsmäßige Zustände zu erreichen. Die Versammlung war sehr gut besucht. Hannover war mit 34 Kollegen, Braunschweig mit 22 Kollegen und Hildesheim und Wolfenbüttel mit je einem Kollegen vertreten. — Am Nachmittag versammelten sich die Kollegen mit ihren Damen wieder im Tagungstafel, um auch die Geselligkeit und Kollegialität zu pflegen. Gesangsvorträge durch die Liedertafel „Gutenbergs“ sowie Einzelvorträge und Tanz wechselten miteinander ab, so daß die Stunden bis zur Heimfahrt viel zu schnell vergingen.

Karlsruhe. (Korrektoren.) In der Versammlung am 28. August wurde unter „Bereinsmitteilungen“ bekanntgegeben, daß der Mitgliedsstand infolge einer Veränderung erfahren habe, als zwei Korrektorenstellen im Gau, die bisher geleerte Buchdrucker innehalten, von Nichtfachleuten besetzt worden sind. Dies Vorkommnis, das leider nicht verzeihlich dasteht, wurde sehr erörtert und dabei dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Verband dem fortwährenden Zugang berufsfernder Kräfte bald einen Kiegel vorziehen möge. Kollege Hasenfeld (Freiburg) berichtete dann über den Korrektorentag und die „Pressa“. Seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine längere Aussprache.

Rm. Königsberg i. Pr. Wenn sich aus Königsberg 17 Jungbuchdrucker unter Führung des Leiters auf die Weine machten, um den Rhein und die „Pressa“ zu besuchen, so war das immerhin eine beträchtliche Leistung, besonders wenn man weiß, daß die gesamte Reise eine Länge von 2700 Kilometer hatte. Nicht mit Unrecht hält man den Ostpreußen für etwas schwer beweglich und leidenschaftlos. Sah man jedoch die strahlenden Augen der Jungbuchdrucker bei der Rheinfahrt oder bei den Besichtigungen in Frankfurt a. M., Mainz, Köln, Berlin, Potsdam, oder das stichtliche Interesse beim Besuch der „Pressa“, des Altfeld-Palastes in Tempelhof oder des Gutenbergmuseums in Mainz wie des Frankfurter in Berlin, dann muß man zugeben, daß das Reiten der Jungbuchdrucker geradezu das beste Mittel ist, um sie auf geistige und sittliche Bahnen zu bringen. Und wenn man — wie wir — schon jetzt mit geringem für eine nächstjährige Reise zu sparen beginnt und auch dadurch das Interesse an Natur- und Kulturhöflichkeiten wachhält, dann entsteht die Aussicht, den alten notwendigen Wandetrieb, den der Krieg zölet, wieder wahrzunehmen. Denn der gereifte Buchdrucker wird nicht nur weltgewandter, sondern auch kampfbereiter sein wie derjenige, der nur einheimische Lokalfaktien kennt. Im Grunde genommen verursacht eine Reise im Trupp verhältnismäßig geringe Kosten. Wir wurden in weitestgehender Weise freundlich bewirtet, der Ortsverein wie der Magistrat legten ihren Doulus zu und so kam es, daß wir die Reise Königsberg-Berlin-Frankfurt-Mainz-Koblenz — (Dampfer) Köln — Berlin — Königsberg einschließlich Fahrgebl, Kost und Logis für den jagenhaften Betrag von etwa 55 M. bestritten, wozu natürlich die nicht unerheblichen Extrawährnisse kamen, die aber nicht direkt nötig waren. Fast 20 Proz. der Königsberger Jungbuchdrucker machten diesmal die Reise; es ist nicht zu viel gehofft, wenn man im nächsten Jahr die doppelte Anzahl erwartet. Ist das nicht ein großer Erfolg, der zum nicht

geringen Teil der inneren Festigung des Verbandes zugute kommt? Selbst der „elementarste“ Jungbuddrucker wird den Bahnweg dem Fußweg und die weite Ferne der Nähe für seine Reisen vorziehen. Wenn man mit der neuen Zeit ziehen will, muß man den Gebanten der Reise in den Lehrungsabteilungen würdigen und durchsehen, weil man mit dem Strom schwimmen muß.

Krefeld. (Monatsversammlung.) Die sommerliche Jahreszeit bringt im allgemeinen wenig interessante Versammlungen. Da hatte diesmal die Gegenseite ein wenig geholt; der günstige Wind hatte uns den Inhalt eines „Kollegialen Abkommens“ der Prinzipale zugeweht. (In Nr. 72 haben wir darüber unter „Rundschau“ berichtet und unsern Standpunkt präzisiert. Schriftleitung.) Recht interessant war es, die einzelnen Wäße unter die Lupe zu nehmen. Nach diesem Abkommen soll die Überarbeitelohnung auf „falkem Wege“ abgebaut werden. Infrage Arbeitkraft darf nur zu „Monopolpreisen“ gelaufen werden. Ferner muß bei jeder Neueinstellung die Freigabe-Beisehnung der alten Firma vorliegen. Überarbeitsliche Bezahlung ist nur mit Genehmigung der Geschäftsstelle des Prinzipalsvereinns zulässig. Und so geht es lustig fort. Als Sicherheit für eventuelle Verstöße gegen das Abkommen müssen Solawechsel hinterlegt werden. Aber man macht die Rechnung ohne den Wirt. Vorkäuflich verkaufen wir unsre Arbeitskraft noch selber, und zwar zu den günstigsten Bedingungen. Das Recht kann uns auch ein „kollegiales Abkommen“ der Prinzipale nicht nehmen. Ganz schweigen wollen wir davon, daß das Abkommen gegen die guten Sitten verstößt. Zur gegebenen Zeit werden wir auch noch andre Mittel finden, um die Gegenseite wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden noch die Punkte „Reisenbericht“, „Kartellbericht“ und „Pressa-Fahrt“ erledigt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Für die nächste Versammlung ist ein interessanter Vortrag vorgesehen, der hoffentlich zu stärkerem Versammlungsbesuch Veranlassung geben wird.

Mannheim. Eingangs unsrer Bezirksversammlung am 18. August wurde ehrend der beiden verstorbenen Kollegen Hub und Senf gedacht. Ersterer war Mitbegründer unsrer Bezirksvereins, letzterer auf der Durchreise begriffen und erkrankt hier beim Baden im Neckar. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Unter „Geschäftlichem“ wurde unter anderem auf den Ausfall der Lehrungsprüfung hingewiesen, die Veranlassung war, daß seitens des Fachschulwesens mit dem Syndikus der Handwerkerammer verschiedene kleinere Druckerbetriebe auf ihre Ausbildungsmöglichkeit geprüft wurden. Dem Gesangsverein „Typographia“ wurde ein einmaliger Zuschuß aus Bezirksmitteln bewilligt. — Anschließend an die Versammlung wurde die Ergrüung unsrer Verbandskollegen Hartmann für 50jährige Mitgliedschaft vorgenommen. Der Vorsitzende, Kollege Ehrlich, gedachte der Treue und des alleseitigen Interesses, das der bei den Mannheimer Mitgliedern äußerst beliebte Kollege Hartmann stets für die Organisation an den Tag gelegt hat. Ebenso feierte Gauvorsitzer Kollege Conrad den Jubilär, der zu einer Zeit beitrug, wo schon etwas Mäusesmut dazu gehörte, Verbandsmitglied zu sein. Möge unsre jüngere Generation ein Vorbild in ihm erblicken. Möge unsre seitens des Bezirksvereins als der Gauverwaltung wurde dem Jubilär ein Ehrengeldchen überreicht. Zahlreich waren die Mitglieder erschienen, und bei Musik, Gesang und humoristischen Vorträgen verlief die kleine Veranstaltung in echt kollegialer Weise.

Sch. München. (Maschinenseher. — Salzjahrsbericht.) In der Versammlung am 3. März referierte nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten Kollege Gebert, zweiter Gauvorsitzender, über das Thema: „Gewerkschaftliche Zeit- und Streikfragen“. Er führte aus, daß wir am Beginn einer kämpferischen Epoche, dem Kampf zwischen kapitalistischer Wirtschaft und der Gemeinwirtschaft stehen. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Mitglieder zur gewerkschaftlichen Einstellung zu erziehen und darin zu festigen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen streifte der Redner dann auch das Zwangsmitgliedwesen sowie dessen Licht- und Schattenseiten. Zum Schluß erwähnte er die jungen Kollegen, über den Sport auch die geistige Beweglichkeit nicht zu vergessen und dieselbe zu trainieren. Mit reichem Beifall dankte die Versammlung für den schreibreichen Vortrag. — Am 21. April feierte die Vereinigung ihr 28. Stiftungsfest im „Kreuzbräu“. Ein ausgeglichenes Programm machte den Abend zu einem wirklich genussreichen. Die Kapelle des Buchdrucker-Gesangsvereins gab ihr Bestes, Herr Rudolf König vom Gärtnerpark-Theater ergrüete uns mit Gesangsvorträgen aus Operetten, Frau Martha Kinast-König mit Gedichtchen in Prosa und Lyrik. Das bekannte Max-Diartett fand ebenfalls viel Beifall. Fünf Kollegen konnten auf 25 Jahre Mitgliedschaft im Verein zurückblicken und wurden dafür mit einer Ehrengabe für „einen guten Tag“ belohnt und vom Vorsitzenden in einem Rückblick entsprechend gefeiert. Das Töchterlein des Vorsitzenden entbot der Vereinigung und den Jubilären den Festgruß. Ein Tänzchen beschloß den in jeder Beziehung schönen Abend. — Die Monatsversammlung am 5. Mai brachte uns nach Erledigung der internen Vereinsangelegenheiten einen Vortrag von Kollegen Braun. „Interessantes von der Monotypie“. In verständlicher Weise erklärte er den Arbeitsvorgang am Taster, den verschiedenen Modellen desselben, und erläuterte dann die Gießmaschine, soweit das theoretisch möglich ist. Im Hand von mitgebrachten Material konnte der Vortragende seine Ausführungen demonstrieren. Mit Beifall dankte die Versammlung dem Kollegen Braun für seine Mühe. — Die Versammlung am 9. Juni brachte uns ein Referat vom Vorsitzenden der Bayerischen Maschinensehervereinigung, Kollegen Strobel, über „Reifungsberingung“. Der Vortragende konnte vielfach die Beobachtung machen, daß unter der Kollegen großer Mangel an Kenntnis des Tarifs herrscht, während andererseits die Prinzipale und auch Faktoren das Manuskript nach dem Gewicht abschätzen. Die Prinzipale und deren Antreiber hätten in sehr vielen Fällen nur dem bescheidenen Spiel, weil sie wüßten, daß der Seher nicht berechnet, was er leistet bzw. leisten muß. Der Vortragende untertrieb an Hand der Paragraphen des Berechnertarifs, was alles zugunsten des Sehers in Anschlag zu bringen sei.

In Spaltenabzügen wurden einige praktische Beispiele demonstriert. Mit Beifall dankte die Versammlung für die mühevolle Arbeit. — In der Versammlung am 26. Juli berichtigte Kollege Strobel über das Maschinenseherstreifen in Köln und von dem Besuch der „Pressa“. Er hob besonders hervor, daß die Kölner Kollegen alles aufgeben hätten, um den Delegierten und sonst teilnehmenden Kollegen die Tage in Köln so angenehm wie möglich zu machen. Aber die Tagung und „Pressa“ selbst wurde im „Korr.“ schon ausführlich berichtet. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Berichtserstattung von der Gauvorsitzenden in Köln, die der erste Gauvorsitzende Kollege Döhling übernommen hatte. Die Maschinenseher betreffende Fragen hatten unter diesen böses Blut erregt. Durch die Aussprache mit dem anwesenden Kollegen Döhling konnten aber belästigende Mißverständnisse und Unklarheiten beseitigt und klargestellt werden. — Am Sonntag, dem 5. August, fand in schön gelegenen „Weißerhaus“ in Fürttenfeldbrunn unser Sommerfest statt. Zu dieser Zusammenkunft waren auch Kollegen aus Augsburg erschienen. Für alterhand Befestigungen war gesorgt, wie Kahnfahrten, Scheibenschießen, Scheibenschlagen usw. Beim Preisquadranten konnten sich Glückliche schöne Preise holen. Die Hauskapelle sorgte für die musikalische Unterhaltung. In schönster Harmonie waren die Kollegen beisammen bis zur Abfahrt der letzten Züge nach München.

Kölnchen. In unsre Herbstbezirksversammlung am 19. August vereinte wieder eine ansehnliche Zahl Kollegen in dem idyllisch gelegenen Markt Ebersberg. In zwei großen Omnibussen ging die Fahrt zum Tagungsort. Erster Vorsitzender Kollege Fiederschnecker gedachte nach der üblichen Begrüßung des trauigen Ablebens des Kollegen Hummelberger, der ein Opfer des Eisenbahnunglücks bei Dinstelherzen geworden war. Eine lebhafte Debatte brachte die Lehrerbildungs- und Gehilfenprüfung. Es wurde der Wichtigkeit dieser Angelegenheit eingetretet. Kreisvorsitzender Kollege Schnecker (München) wartete mit einem interessanten Vortrag auf über Wandtalender, dessen Herstellung, Ausstattung und Geschichte und verband es prächtig, denselben humorvoll zu würzen. Am Schluß der Versammlung ehrte diese das 25jährige Jubiläum des Kollegen Fritz Franke. Der Nachmittag brachte eine Besichtigung des reizend gelegenen Marktes sowie der dortigen Druckerei. Friedfertig schieden die Kollegen am Abend mit dem Bewußtsein, harmonisch verlaufene Stunden verleben zu haben.

Stettin. (Vierteljahrsbericht.) Der Besuch unsrer Versammlungen war ein sehr mäßiger und der Verlauf nach der letzten Lohnbewegung ein ziemlich ruhiger. Einem Kollegen wurde eine tarifliche Zulage erst nach Klage zuteil. Erwähnenswert ist, daß der hiesige Magistrat im Mai für die Fachschule der Buchdrucker zur Beschaffung von Maschinen und Materialien 5000 M. bewilligte. Einen brennenden Punkt bildet der hiesige geplante Volkshausbau. Da der Ortsverein mit der Leitung des alten Volkshauses nicht zufrieden ist, wurde beschlossen, den Forderungen des hiesigen VDB, nicht zu folgen, bis eine Umstellung der Leitung erfolgt ist. Gedient ist der Sache mit dem Beschluß auch nicht, er bedeutet nur eine weitere Verschleppung. Ein Kollege, der sich in seinen Ferien anderweitig Stellung besorgt hatte und vor Ablauf der Ferien kündigte, wurde von seinem Prinzipal auf Rückzahlung des Feriengeldes verklagt. Die Klage wurde abgewiesen. — Kollege Piehsch (Berlin) hielt in der Jubiläumsfeier einen sehr guten Vortrag über die Handbühnenpartie, was zur Folge hatte, daß auch hier eine Handbühnenvereinigung gegründet wurde. — Im Juli ging die „Mischzeitung“ in den Betrieb der „Abendpost“ über, es erscheint hierfür eine Zeitung mit beiden Titeln. Bei der Übergabe kam es zu Personaländerungen. Hierbei gelang es, einliches einzutreten und unbillige Forderungen zu vermeiden. Sehr wünschenswert wäre, daß die Kollegen sich künftig mehr am Vereinsleben beteiligen.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Wie im vorigen Jahre, unternahm auch in diesem Jahre das Personal der Firma Bernard & Graefe (Berlin-Charlottenburg) mit ihren Angehörigen eine wohlgeplante Dampferfahrt. Die Kosten trug der Firmeninhaber.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzahl in unserm Verband im Monat August erstreckte sich auf 204 Mitgliedsfirmen; 24 von diesen mit 757 Mitgliedern fanden keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 80.450 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). In Arbeitslosen wurden gezählt 4677 (gegen 666 im Juli), und zwar bis zu 8 Stunden 249, 9 bis 16 Stunden 40, 17 bis 24 Stunden 67 Mitglieder, und mehr als 25 Stunden ein Mitglied.

Der Arbeitsmarkt Anfang September. Nach den Berichten der einzelnen Landesarbeitsämter ist die Arbeitslosigkeit in der letzten Woche in geringem Umfange gestiegen. Zwar setzte sich in Brandenburg und in der Markmark noch eine gewisse Entlastung durch, doch ist die allgemeine Lage schwankend und uneinheitlich. In einigen gerade großstädtische Arbeitsämter, bei denen sich der Beschäftigungsgrad behaupten konnte. Im allgemeinen zeigt die Statistik noch über widerstandsfähige Kräfte verfügt, die das Abgleiten des Beschäftigungsgrades teilweise aufhalten, teilweise wenigstens abschwächen.

Verlängerung der Aufbrennsfrist für Briefumschläge mit unzulässigen Aufbrennen. Das Reichspostministerium macht bekannt, daß Briefumschläge, Streifbänder (für Drucksachen), Tafeln (für Warenproben), Adresszettel usw. mit unzulässigen Aufbrennen noch bis zum 31. Dezember 1929 aufgebraucht werden können. Bei der Herstellung neuer Briefumschläge ist zu beachten, daß die Abänderungen, Reklamen usw. auf das linke Drittel der Vorderseite der Briefumschläge, Streifbänder usw. und auf die Rück-

seite der Umschläge usw. (unter Freilassung eines mindestens 2½ Zentimeter breiten Raumes am oberen Rande) beschränkt bleiben.

Drohende Ausperrung in der Textilindustrie. Die Zahl der Ausperrten in der Bekleidungsindustrie ist auf nahezu 40.000 angewachsen. Die Unternehmer lassen hier nichts unversucht, um an den Verhandlungstisch zu kommen. Obwohl diese Spuren schreien sollten, kommt schon wieder die Nachricht, daß die vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von München-Gladbach, Rheindt und Umgebung in einer Sitzung am Montagmittag die Forderungen der Gewerkschaften als unerfüllbar abgelehnt und beschlossen haben, der gesamten Beschäftigung am 15. September zum 29. September zu kündigen. Von dieser Maßnahme werden etwa 40.000 Arbeiter betroffen. 40.000 Arbeiter werden also ausgesperrt, nicht, wie die Unternehmer behaupten, weil sie unerfüllbare Forderungen gestellt haben, sondern weil sie sich dem Lohnbrüder der Unternehmer nicht fügen wollten. Darüber sagt „Der Textil-Arbeiter“ in seiner letzten Nummer: „Neue Verhandlungen in der Mantel- und Lohndariffage des M.-Gladbacher Textilbezirks fanden am 5. September statt. Von wirtlichen Verhandlungen kann man allerdings nicht sprechen, denn die Unternehmer erklärten lebendig, daß sie eine Verlängerung des bestehenden Mantel- und Lohnabkommens auf einige Monate, wie der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Kienthal, erklärte, bis zum Ende des Jahres 1929, müßten. Unter dieser Voraussetzung wären sie bereit, von dem geforderten Lohnabbau in Höhe von 12½ Proz. Abstand zu nehmen. Auf diesen Vorschlag wollen sie recht bald Antwort haben, weil am Montag, dem 10. September, eine Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes stattfinden und im Falle der Ablehnung ihres Vorschlages der Arbeitgeberverband den nächstmöglichen Kündigungstermin auf den 15. September zum 29. September 1928. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann dies nur die Androhung der Ausperrung der gesamten Textilarbeiterbedeutung.“ Zum Glück sind ja die Zeiten von Krimmischau vorbei, und auch die herrschgewohnten Unternehmer in der Textilindustrie werden bald merken, daß ihnen heute ein anderer Gegner unter andern Verhältnissen gegenübersteht, als das 1903 der Fall war.

Der Kampf um das Washingtoner Abkommen. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag macht seine Fortschritte. Es ist namentlich zurzeit sehr still daheim geworden; doch ist die gezielte Festlegung des achtstündigen Arbeitstages der Grundpfeiler der internationalen Sozialpolitik. Von den Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation, deren Zahl insgesamt 45 beträgt, haben nur wenige die Ratifizierung vollzogen. Neben den Staaten, die zugestimmt haben, sind noch einige wenige, die die Ratifizierung in Aussicht gestellt haben. Der übergroße Teil der Mitgliedsstaaten hat die Ratifizierung mehr oder weniger abgelehnt. Bei insgesamt 35 Staaten der internationalen Arbeitsorganisation ist eine offizielle Stellungnahme zu dem Abkommen noch nicht erfolgt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß von diesen Staaten irgend etwas Günstiges zu erwarten ist. Somit sind die Aussichten auf eine baldige allgemeine Beschränkung der Arbeitszeit auf internationaler Basis gemäß dem Abkommen in Washington nicht besonders rosig. Von den großen Industriestaaten vertritt sich einer hinter dem anderen. Jeder verlangt, daß der sich vorangehen möge. Da würde es von unschätzbarem Vorteil sein, wenn die deutsche Regierung ihre in Aussicht gestellte Zustimmung in bestimmter Form recht bald aussprechen würde. Die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, diese Frage nicht auf das tote Gleis schieben zu lassen. Deshalb müssen die Gewerkschaften mit erneuter Macht in allen Ländern dafür eintreten, daß recht bald eine endgültige Stellungnahme erfolgt und viele möglichst zustimmend gehalten ist. Das Hinzuweisen der Entscheidungen liegt durchaus nur im Interesse der Unternehmer, und weil dem so ist, muß recht bald mit der schwanfenden Haltung der gezeigenden Körperparteien Schluß gemacht werden. Der Reichstag muß bei seinem Wiederzusammentritt genügend Dampf dahinter machen, damit das Versprechen der deutschen Regierung zur Tatsache wird. Der Kampf um den internationalen Achtstundentag darf keineswegs einschlafen, sondern muß neu entfacht werden!

Sie haben stramm zu stehen — sonst werden Sie entlassen! Wir entnehmen der „Volkszeitung“ für Krieg, Dlahu usw. folgende interessante Darstellung: „Noch immer spukt in manchen Köpfen der höheren Reichsbeamten die fixe Idee, daß sie mit einem hohen Titel auf wertvollere Menschen geworden sind und besonderer Ehrerbietung seitens ihrer Mitmenschen würdig erachtet werden müssen. Diese Selbstüberhebung hat sich aus dem militärischen Deutschland der Vorkriegszeit herübergerettet und gehört zu den Haupteigenschaften vieler Beamten der Republik. Daß sie um vieles minderwertiger sind als alle andern Menschen, beweist folgender Vorfall, welcher sich kürzlich auf dem hiesigen Bahnhof abspielte: Unter vielen Reisenden geht auch ein Herr durch die Sperre, welcher als Fahrskarte eine Freikarte erster Klasse vorzeigt. Der Beamte, welcher die Karte nicht näher betrachtet, weiß, daß hier etwas Besonderes durch die Sperre geht und grüßt deshalb durch Anlegen der Hand an die Wäße. Nach einiger Zeit kommt derselbe Herr wieder zurück und fährt den Beamten wie folgt an: „Sehen Sie nicht, daß ich eine Freikarte erster Klasse habe? Da haben Sie stramm zu stehen! Falls Sie dies das nächste Mal wieder unterlassen, werden Sie entlassen!“ Der sich in solcher Weise blamierende Beamte der Freikarte erster Klasse war der Reichsbahnoberbaaurat v. Wolf. Wenn die Herren Oberbaauräte der Reichsbahn ihre Hauptaufgabe darin sehen, die unteren Beamten mit Entlassung zu bedrohen, wenn sie nicht eine militärische Ehrenbeziehung erweisen, dann braucht man sich über die vielen Eisenbahnunfälle und andre Mißstände nicht zu verwundern.“ Das Urteil der „Volkszeitung“ über den Reichsbahnoberbaaurat ist so treffend, daß wir ihm nichts hinzuzusetzen haben.

Die neue Mischung in der Musik vor dem Arbeitsgericht. Einer interessanten Klage vor dem Arbeitsgericht lag der folgende Tatbestand zugrunde: In einer besonderen Attraktion, einer Art Tanzpaavillon, war eine Original-Tanz-Band verpflichtet. Nur wurde weniger Musik als

In unserem Verlag ist neu erschienen:

Auschießen der gangbarsten Druckformen für Maschinen- und Handsatz

Von Gewerbestudienrat Arthur Kupfer

Mit 1 vierfarbigen und 44 einfarbigen Abbildungen. Die Formenschemata zeigen die Seitenzahlen groß im Satz. Das Buch ist ein Ratgeber für Praxis u. Schule. Preis ohne Porto Mk. 1,50, mit Porto Mk. 1,75

Verlag: **Deutscher Leipzig Buchverlag** - Leipzig 4, D. Leipzig 61, Schlieflach 332, Postscheck: Leipzig 7196



Jedem Haus der kleine Brockhaus

Handbuch des Wissens in einem Bande. über 40 000 Stichwörter auf etwa 500 dreispaltigen Zeilen mit 5400 Abbildungen im Text und auf 90 einfarbigen und bunten Tafeln und Karten, sowie 37 Abzählern. Bisher hat noch kaum je ein Konversationslexikon in einem Bande so vielfältiges Wissen geboten. Preis in 3 Bänden gebunden 20,-, in 3 Hälften gebunden 30,-. Gegenüber gegen Monatszahlungen sofort vollständig gegen bequeme Monatszahlungen bei nur 3 M. kein Zahlungsüberschuss, Zahlungen kostenlos.

kaufen kannst Du ihn im Block-Haus

Buchhandlung Karl Bloß, Berlin SW 68, 2. Postfach 2. Berlin 20749
Bestellen Sie laut Angabe in Korrespondenz für D. Buchdr. bei der Buchhandlung **Karl Bloß, Berlin SW 68, Postfach 2.** oder den **Kleinen Werksmann** in 4 Bänden, in 3 Hälften gebunden 20,-, in 3 Hälften gebunden 30,-. Gegenüber gegen Monatszahlungen von 3 M. Der ganze Betrag - die erste Rate - folgt gleichmäßig - ist nachzuzahlen. (Mittelswischenstufen streifen) - Erfüllungsort Berlin.

Name u. Stand: Ort u. Datum:

TYPOGRAPHISCHES SKIZZIEREN UND ENTWERFEN

Ein Lehrgang in zwölf Stufen von Fachoberlehrer Hch. Schulze, Berlin. 1. Form, Farbe, Fläche, Kompositionsübungen. 2. Besuche und Visitenkarten. 3. Geschäftskarten. 4. Familienanzeigen. 5. Briefköpfe, Umschläge, Postkarten, DIN-Briefbogen. 6. Buchseiten. 7. Umschläge. 8. Klisteeanordnung in Katalogseiten. 9. Photographie. 10. Prospekte. 11. Inserate. / Erscheint fortlaufend ab Oktober d. J. neben einem Lehrgang des Plattenschnitts und unserer regelmäßigen Satzbeilage in der illustrierten graph. Monatschrift **DEUTSCHER DRUCKER, BERLIN SW 61.** Verlangen Sie umgehend Abbestellungsprospekt.

ORTSGRUPPE MAGDEBURG IM BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER

Anlässlich der 30. Gründungsfeier der Ortsgruppe findet vom **23. September bis 21. Oktober 1928** in der Kunsthalle auf dem Ausstellungsgelände (Rothhorn) am Adolf-Mittag-See eine Druckmaschinen-Ausstellung:

DER SCHÖNE DRUCK

steht die Eröffnung am Sonntag, dem 23. September 1928 vormittags 11 Uhr. Täglich geöffnet von 9 bis 19 Uhr. Eintritt 30 Pfennig, für Ortsgruppen-Mitglieder freilich. An 3 Sonntagen gelangen Werkfilme zur Aufführung: **30. September:** „Bugra-Messe-Film“, **7. Oktober:** „Der Kampf mit dem Unfallteufel“, **14. Oktober:** „Das Druckpapier“. **Am Sonnabend, dem 20. Oktober 1928, 19.30 Uhr** im Hohenzollernpark, Große Dörsdorfer Straße Nr. 1 **30. Gründungsfeier der Ortsgruppe** mit einem sehr reichhaltigen, ausserlesenen Programm. **Am Sonntag, dem 21. Oktober 1928, 11 Uhr** im Restaurant Böning am Adolf-Mittag-See (Rothhorn) **Vorstandskonferenz des Kreises** nach der Tagung gemeinsame Mittagstafel; Führung durch die Ausstellung. Gemüthliches Beisammensein. Alle Kollegen, besonders diejenigen, welche früher der Ortsgruppe angehört, sind hierdurch freundlich eingeladen. Anmeldungen sind rechtzeitig an den Vorsitzenden der Ortsgruppe **MAX KRUSCHEL**, Verlichower Straße 111 zu richten.

Gründliche Buchführungskenntnisse

verfassen jedem vorwärtsstrebenden Geistes leicht zu einer gehobenen Stellung im Druckereibetrieb. Sie erlernen die Buchführungslehre nach Mafiere neuzeitlicher und einschlägiger Methode. Sicher durch die Vertiefung an einem der vier angenommenen **Buchführungs-Fernturse** Am 10. Oktober beginnt der nächste Kursus. Verlangen Sie unverbindlich Bedingungen und ausführlich. Prospekt. **Verlag Julius Mäfer, Leipzig C 1**

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe

11. Aufl., von J. W. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckereis und der Richtlinien des DVB. Berlin 1928, 6,30 M. bei Vorbestellung, 6,60 M. bei Nachnahme. **J. W. Lindl, München, Rumsfordstraße 27, Postscheckkonto 910.** **Tätigste, verheirathete Schmalzmonteure** mit langjähriger Berufserfahrung für sofortigen Eintritt in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Wohnortangabe usw. erbeten von der Intertype, Schmalzmaschinen G. m. b. H., Berlin SW 11, „Europahaus“, Am Unkeler Bahnhof.

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 5. Fernruf für den Korrespondent: Berlin, Amt Bergmann 3191, 3192-3195. Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 5.

die graphische abteilung an der handwerker- und kunstgewerbeschule bleiweiß ist unter der leitung von prof. trumpf. und fachlehrer losemann neu ausgebaut worden. die werksstätten verfügen über reichliches und sorgfältig ausgewähltes setzmaterial und sind mit pressen neuester bauart versehen. die dem bedürfnis der zeit rechnung tragende geistige einstellung der leitung bürgt für eine gründliche ausbildung des schülers. außer dem tagesunterricht werden besondere abendkurse abgehalten. näher auskunft erteilt kostenlos das sekretariat.

25 Jahre Maschinenlehrevereinigung Frankfurt a. M.

Feier des Jubiläums: **Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Schäferhof“, Bergerstraße 177, Festabend und Ball.** **Freitag, den 14. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Pfau“, Wildererstraße 26, Festversammlung** (Ehrung der Jubilare, Festsprache des Kollegen Paul Schindler von der F. S. S.); nachmittags Besichtigungen; abends Unterhaltung im „Längen Hof“, Kleine Schifferstraße. **Wir laden unsere Kollegen hierzu herzlich ein.** Anmeldungen für Quartiere und zur Teilnahme am Mittagessen müssen bis spätestens 1. Oktober erfolgen an den Kollegen Max Baer, Frankfurt a. M., Bismarckstraße 5. Der Festausflug.

Achtung! Monotypeseher und -gießer Berlins

Jeden letzten Freitag im Monat findet wieder der „Technische Abend“ statt; der nächste **am 28. September, abends 7 Uhr, im Lokal von Gustav Schulze, Stallfischerstraße 29** (Schüß gegenüber Sackebell). Vollständiges Essen wird erwartet, das Lokal bietet genügend Raum. **Zu einer Besichtigung Ihrer Sonderausstellung im Hause des Deutschen Buchdruckervereins, Berlin W 9, Köhlerstraße 33, ladet die Monotypesehermaschinen-Werkschaffgesellschaft ein. Neuzugänge: Tabulator für leichtere und schnellere Zehen von Tabellen, Vahleinrichtung; Gießmaschine; Großkegel, Rollen- und Regeltzeleinrichtung, erneuerter Matrizenrahmen usw. Besichtigungen finden am 4. und 11. Oktober statt. Voranmeldung werden im Vereinsbureau des Brandenburgischen Maschinenvereins, Köhlerstraße 2, Montags und Freitags von 4 bis 6 Uhr, oder schriftlich bis 28. September entgegengenommen.** **Die Technische Kommission des Brandenburgischen Maschinenvereins.**

Leipziger Maschinenlehrevereinigung

Samstag, den 23. September, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Gartenplatz: **Verammlung** **Tagungsordnung:** 1. Geschäftliches, 2. Vortrag des Herrn Ingenieur Kahnt über: „Weltliche Meßtechnik, Elektromotoren und Selbungen“, 3. Verschiedenes. **Recht anständigen Besuch dieser Versammlung erwartet** 451] **Der Vorstand.**

Zur 1 Mark

Erstkl. Sprechapparate

LANGE Garantie

Katalog A 21 gratis

MUSIKHAUS **HANS MUSKAT & G** BERLIN & PRINZENSTRASSE 98

Koulettes Metall-Rollergummi Korrigierfeilen

in jeder verschiedenen Größen. **Spometer Werkzeugkasten** Werkz. für Maschinenmeister und Segler empf. in best. Qual. Roll. Max Dögel, Leipziger-Str. 11, Papiermühlstr. 6 u. 11. Preis: frei.

Dreisverein Erfurt

Montag, den 18. September, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“ Mitgliederversammlung **Tagungsordnung:** 1. Kasseebericht und vom August, 2. Gedächtnisrede von dem verstorbenen Mitglied Herrn G. M. über: „Widmungsbüchlein“, 4. Kartellbericht, 5. Vereinstätigkeiten, 6. Vereinstätigkeiten. **Zahlreichen Festreden der Mitglieder sieht entgegen** **Der Vorstand.**

Für die mit zu meinem 50-jährigen Berufs-jubiläum zugegangenen zahlreichen Glückwünsche sage ich hiermit **herzlichsten Dank!** **Pausig, September 1928. H. M. David.**

Trotz des Reichtums der deutschen Schreibern lassen sich bei Anbäuer und Buchhändler in Deutschland nicht immer die gewünschten Wirkungen erzielen. Durch Zusatz einer selbstgeschriebenen bzw. geschriebenen Stelle oder Buchstaben können die Schwierigkeiten von jedem Gelehrten leicht überwunden werden. Eine Fülle von Anordnungen und Vorschriften zum Einwerfen und Einlegen von Kunst- und Handschriften bietet das soeben erschienene Werk

Kunst- und Zierschriften

mit Anwendungsbeispielen, entwerfendem Text und dreifach ein- und mehrfachigen Tafeln von **Willy Schumann.** Preis 5,40 M. einschließlich Verlagsporto. **Verlag erbeten unter Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags auf Postscheckkonto Leipzig 8821.** **Verlag Julius Mäfer, Leipzig C 1.**

Diacco-Wäsche

Ist für jeden Berufstätigen die gefündeste. Kein Käsegefühl beim Schneiden, daher kein Rheuma und keine Ermüdung. Kein Zittern, kein Einklinken in der Wäsche, kein Ausgehen der Nähte oder Klappen, nach der Wäsche immer wieder wie ich im Anfang. Kein Kratzen oder Jucken des Körpers. Die Haltbarkeit wird Sie überraschen. **Das Gute ist das wirklich Billige!** **Besuchen Sie uns bitte oder schreiben Sie uns. Unser Vertreter besucht Sie unverbindlich. Viele Ihrer Kollegen sind sehr freundschaftlich unsere Kunden. Warum nicht auch Sie? Zahlungsweise nach Ihren Wünschen. Anfertigung nach Maß für jede Figur.** **Spezialabteilung für Professionsfrägen.** **Hettmann & Feder, Berlin SW 19** **Wallstraße 45. Spezialverfasser für Gesundheitswäsche.**

Nach einem arbeitsreichen Leben wurde uns der Gehirnanfall 1481 **Ludwig Dieß** aus Celle im fast vollendeten 68. Lebensjahre durch den Tod entziehen. Ein aufrechtes und treues Mitglied ist mit ihm dahingegangen. Stets wird seiner ehrend gedacht. **Der Ortsverein Magdeburg.**

Am 9. September verlebte unverwundet an den Folgen einer Unterkühlung unser lieber Kollege, der Seher **Fritz Hellinger** aus Frankfurt a. M., im Alter von 68 Jahren. Der Verstorbenen gehörte neben vier Töchtern dem Bezirksvorstande an, wo er ein kollegiales Werk beehrte war die Interessen der Kollegen zu vertreten. Der Bezirk Frankfurt a. M. verlor in dem Verstorbenen einen Kollegen von edlen Charaktereigenschaften, dessen Stünden wir stets in Ehren halten werden. **O. V. Frankfurt a. M.**

Pflichtig und unverwundet wurde am 8. September unser lieber Kollege, der Drucker **Karl Fiermer** im Alter von 39 Jahren aus unserer Mitte gerissen. Mit großem Interesse und Eifer füllte er den Posten als Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes aus. Ein lebendiges Andenken bewahren ihm **Ortsverein „Eutenberg“ Friedberg-Gad-Haunheim-Dubbad.** **Typograph. Vereinigung Friedberg-Gad-Haunheim-Dubbad.**

Am 31. August verschied an Gehirnschlag unser lieber Kollege, der Drucker **Hans Böhme** im Alter von 56 Jahren. Wir werden dieses brave Kollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren. **O. V. Sebnitz i. Sa.**

Am Dienstag, dem 4. September, verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Quastler **Oskar Schiffer** im 61. Lebensjahre. 1470 **Mit ihm ist ein treues Verbandsmitglied und ein eifriger Kämpfer für die Arbeiterbewegung dahingegangen. Wir werden sich stets an ihn denken in Ehren halten.** **O. V. Königsberg i. Pr.**

Am 8. September verstarb unser lieber Kollege, der Seher **Herm. Hertewich** aus Nabelshof, im Alter von 63 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Ortsverein Düsseldorf.**

Am 11. September verstarb nach einem arbeits- und erfolgreichen Leben unser hochverehrter Chef 1402 **Herr Buchdruckereibesitzer und Kommerzienrat Emanuel Baensch** im 72. Lebensjahre. Ein edler und vornehmer Mensch wird mit ihm leider zu früh zu Grabe getragen. Sein strenges Gerechtigkeitsgefühl und sein stets freundliches Wesen sichern dem Verstorbenen ein aufrechtliches Andenken für alle Zeiten. **Magdeburg, im September 1928.** **Die Verbandsmitglieder der Firma E. Baensch jun., A. G.**